

# asyl

2 • 2019

**aktuell**

Zeitschrift der  
asylkoordination  
österreich

## Gesundheit: Kräfte stärken



#fairlassen –  
Für unabhängige Rechtsberatung  
Interview –  
Wo und wie arbeiten Flüchtlinge?  
Irak –  
Zerrissenes Land

# Inhalt

- 01 Editorial**
- 02 #fairlassen – Für unabhängige Asylrechtsberatung**  
*Herbert Langthaler*
- 06 Kommentar: Chancen für eine neue EU-Politik**  
*Cathrin Woollard*
- 10 Keep your head up!**  
*Franziska Tachtler*
- 14 Suchterkrankungen und missbräuchlicher Substanzkonsum  
in Grundversorgungsquartieren**  
*Elke Possarnig*
- 20 Landschaft: Verein AFYA. Kräfte stärken – Trauma bewältigen**  
*Von Sabine Kampmüller und Nina Hermann*
- 24 Wo und wie finden Flüchtlinge Arbeit?**  
*Interview mit Renate Ortlieb*
- 30 Hoffnung und Angst in einem zerrissenen Land**  
*Thomas Schmidinger*
- 36 Kurzmeldungen**
- 44 Bücher**

# Liebe Leserinnen, liebe Leser,

*asyl aktuell* hat nicht den Anspruch auf Tagesaktualität, aber zurzeit ist es für den Chefredakteur doch etwas schmerzhaft, kein schreibfreudiges Team zur Verfügung zu haben – bzw. die Mittel ein solches zu bezahlen (unsere Autor\_innen schreiben alle ehrenamtlich) – um über alle aktuellen Entwicklungen berichten und diese analysieren zu können.

So bleiben mir diese paar Zeilen. Wobei bei genauerem Hinsehen zumindest zwei sehr aktuelle Themen auch in dieser Nummer vorkommen: die Sicherheitslage im Irak (Seite 30) und der Start der Kampagne *#fairlassen*, die sich gegen das kurz vor dem Ende der Regierung Kurz/Strache beschlossene BBU-Gesetz wendet (Seite 2).

Obwohl es abzusehen war und seit Monaten davor gewarnt wurde, machen uns die jüngsten Entwicklungen in Syrien doch sprachlos. „Ich möchte alles anzünden“, schreibt die Journalistin Petra Ramsauer auf Facebook verzweifelt, angesichts der Nachrichten von der Befreiung von internierten IS-Kämpfern im Zuge der türkischen Invasion. Wie verzweifelt müssen erst die Menschen vor Ort und ihre geflüchteten Angehörigen in Europa sein.

Die EU hat sich mit dem „Flüchtlingsdeal“ erpressbar gemacht. Wer Deals anstelle von internationalem Recht setzt, hat jede politische Legitimität verspielt. Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg schweigt (bzw. schwadroniert über die Unmöglichkeit des EU-Beitritts der Türkei) und das trotz der traditionell kurdenfreundlichen Politik Österreichs.

Aber er ist ja nur Übergangsmminister und will vermutlich nicht vorgreifen. Es könnten ja vielleicht österreichische Handelsinteressen betroffen sein oder seine eigenen, wenn er Außenminister im nächsten Kabinett Kurz werden will.

Wobei wir beim zweiten aktuellen Thema wären. Ein anderer Übergangsmminister, der sich auch in Stellung bringt, weiter zu dienen (wem auch immer): Innenminister Wolfgang Peschorn, der zwar durch mehr Transparenz als seine Vorgänger auffällt, dafür aber bei der Abschiebung von abgelehnten afghanischen Flüchtlingen die Schlagzahl kräftig erhöht hat. Abschiebungen in das gefährlichste Land der Welt, in dem bei den Präsidentschaftswahlen am 28. September – internationalen Sicherheitsanalyst\_innen zufolge der gewalttätigste Wahntag seit 2001 – die Taliban landesweit 472 Anschläge verübt haben. Peschorn, der von sich behauptet, zu „verwalten statt zu gestalten“ hat auch bei akut suizidgefährdeten Personen nicht eingegriffen. Er lässt BFA und Fremdenpolizei walten.

Dass nicht noch mehr Menschen abgeschoben wurden, liegt allein daran, dass viele der potentiellen Deportationsopfer bereits das Weite gesucht hatten. Bei einigen wenigen haben die Höchstgerichte die Abschiebungen gestoppt – zumindest vorläufig.

Wir werden uns im Rahmen des Projektes „Schwarzbuch Abschiebungen“ intensiv mit diesen Vorgängen beschäftigen – und dann auch ausführlich darüber berichten.

Stay tuned wünscht sich *Herbert Langthaler*



## #fairlassen

### Für unabhängige Asylrechtsberatung und gegen die Isolation von Asylwerber\_innen

Von Herbert Langthaler

**W**issen Sie, was sich hinter dem Kürzel BBU versteckt? Wenn Sie von dem Gesetz noch nie gehört haben, oder nur eine vage Idee von seinem Inhalt haben, ist dies nicht weiter verwunderlich, ist es uns NGOs doch bislang nur ansatzweise gelungen, öffentliches Bewusstsein für die Gefahren der Errichtung dieser neuen parastaatlichen Agentur zu schaffen.

Zuerst zum Namen: BBU ist die Abkürzung für Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen, was zunächst zwar recht technisch, aber doch eher harmlos klingt. Dahinter verbirgt sich nicht nur ein perfider Anschlag auf die

unabhängige Rechtsberatung für Asylwerber\_innen, sondern eine Art staatliches Monopol auf die Beratung und Betreuung von Asylwerber\_innen.

Die BBU soll dabei Aufgaben wahrnehmen, die bisher überwiegend von NGOs (wobei hier schon bisher mit dem VMÖ eine eher staatsnahe Pseudo-NGO tätig war) durchgeführt wurden. Neben Rechtsberatung, Rückkehrberatung und Menschenrechtsbeobachtung bei Abschiebungen soll die BBU auch die Bundes-Grundversorgung übernehmen und einen Dolmetscher\_innenpool einrichten.

Trotz vieler kritischer Stellungnahmen wurde die Regierungsvorlage, die auf die Initiative des damaligen Innenministers Herbert Kickl zurückgeht, von den damaligen Regierungsparteien ÖVP und FPÖ am 16.05.2019 im Nationalrat beschlossen. Im § 28 BBU-Gesetz ist festgeschrieben, dass mit Inkrafttreten des Gesetzes unverzüglich alle vorbereitenden Maßnahmen für

die Einrichtung der Agentur zu setzen sind. Daher wurde auch schon am 3. September die Stelle der interimistischen Geschäftsführung der BBU ausgeschrieben.

Einen Tag nach Beschluss des BBU-Gesetzes tauchte das „Ibiza-Video“ auf und beendete bis auf weiteres die Tätigkeit der Regierung Kurz. Durch die Übergangsregierung und eine neue Zusammensetzung des Parlaments nach dem 29. September sehen die Flüchtlings-NGOs die Chance gegen dieses Gesetz, gegen die „Backbox BBU“, vorzugehen.

### **Wie es in Zukunft nicht mehr gehen wird**

Um sich auszumalen, was es bedeutet, wenn es keine unabhängige Rechtsberatung mehr gibt, lohnt es sich einen etwas komplexeren Fall anzuschauen, der letztendlich mit einer Asylgewährung positiv endete.

Nennen wir den jungen Mann, um den es geht, Ali. Ali wurde im Iran geboren. Im Sommer 2015 muss er das Land verlassen, denn der Druck so zu leben, wie es die islamistischen Machthaber wollen, wurde zu groß. Es gelingt ihm, sich nach Österreich durchzuschlagen. Hier stellt er einen Asylantrag. Ein Jahr vergeht, ehe er einen Bescheid vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) bekommt: negativ, kein Asyl, kein subsidiärer Schutz, kein Aufenthalt – nichts.

Dem unabhängigen Rechtsberater der ARGE Rechtsberatung erzählt er von der Angst und seinen Erfahrungen mit den Revolutionswächtern. Seine Schilderungen sind die Basis für eine mehrseitige Beschwerde gegen den negativen Bescheid des BFA, die sein Rechtsberater verfasst.

Dass Ali überhaupt einen garantierten Rechtsbeistand bekommt, verdankt er der EU-Verfahrensrichtlinie und der europäischen Grundrechtscharta, wo das Recht

auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren verankert sind. Die Rechtsberatung wird (noch) auf Grundlage eines Vertrags mit dem Innenministerium von der ARGE Rechtsberatung (Diakonie und Volkshilfe) und vom Verein Menschenrechte Österreich seit 2011/2012 durchgeführt.

Ali lernt eine österreichische Frau kennen und nähert sich dem christlichen Glauben an. 2017 wird er in einer feierlichen Zeremonie getauft. Es dauert einige Monate bis Ali zum Bundesverwaltungsgericht (BVwG) vorgeladen wird. Dort berichtet er von seinem neuen Glauben und seiner gar nicht mehr so neuen Beziehung. Der Richter glaubt ihm nicht und sagt ihm das auch ins Gesicht. Es ist daher keine Überraschung als Ali die negative Entscheidung des Gerichts erhält – wieder nichts: kein Asyl, kein subsidiärer Schutz, kein Aufenthalt.

Ali droht, in Panik zu geraten. Den Anwalt für die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof kann er sich nicht leisten. Er wendet sich hilfeschend an seinen Rechtsberater. Obwohl das Mandat für den staatlich garantierten Rechtsbeistand lediglich das Beschwerdeverfahren vor dem BVwG umfasst, hilft der Rechtsberater, einen Verfahrenshilfeantrag für den Gang zu den Höchstgerichten zu stellen.

Dieser wird abgelehnt. Die Höchstgerichte wollen sich mit Alis Fall, seinem Schicksal, seiner berechtigten Angst vor Verfolgung nicht auseinandersetzen. Als Konvertit droht ihm, wenn er in den Iran abgeschoben werden sollte, Gefängnis oder Tod.

In dieser Situation greift sein engagierter Rechtsberater zu einem letzten Mittel und stellt einen Folgeantrag. Er schreibt mit Ali gemeinsam eine lange Stellungnahme, erklärt ihm, worauf es ankommt: Seine neue Religion verschärft die berechnete Angst vor Verfolgung im

Iran. Das sind neue Fakten und daher wird der neue Antrag auch zugelassen. 2019, fast vier Jahre nach seiner Ankunft in Österreich, bekommt Ali Asyl. Hätte er keine unabhängige, engagierte Rechtsberatung gehabt, wäre er abgeschoben worden – sein Schicksal besiegelt.

### **Die Kampagne**

Im Sommer haben sich ein Dutzend NGOs zusammengetan, um eine Kampagne gegen das BBU-Gesetz und dessen Auswirkungen zu planen.

Mit dabei: Alpine Peace Crossing, Amnesty International, Arbeiter Samariterbund, *asylkoordination österreich*, Caritas, Diakonie, *fairness-asyl*, Integrationshaus, Menschenwürde Österreich, Plattform Asyl für Menschenrechte, SOS-Mitmensch, Südwind, Verein Ute Bock, Volkshilfe. Seither sind ein weiteres Dutzend Organisationen als Unterstützerinnen dazu gekommen.

Das Ziel der Kampagne ist es, dass das Parlament das BBU-Gesetz aufhebt und die Planungen für die Agentur eingestellt werden. Wir sind uns allerdings im Klaren, dass diese Maximalforderung sehr ambitioniert ist und haben deswegen einige erste Schritte, die auf dem Weg zu deren Umsetzung zu machen sind, definiert.

### **Herauslösung der Rechts- und Rückkehrberatung aus der BBU**

Zentrales Element ist die Verhinderung einer durch das Innenministerium kontrollierten „Rechtsberatung“. Schon bisher war der Zustand in diesem Bereich nicht ideal (Stichwort VMÖ). *#fairlassen* will daher nicht nur den Status Quo erhalten, sondern eine wirklich unabhängige Rechtsberatung erreichen. Wichtig ist auch, dass weiterhin eine verantwortliche Rückkehrberatung angeboten werden kann, bei der das Prinzip der Freiwilligkeit als grundlegende

Voraussetzung für eine Rückkehr in Würde eingehalten wird.

Diese Ziele sind durch die Herauslösung der Rechts- und Rückkehrberatung aus der BBU zu erreichen. Eine unabhängige, transparente Vergabe sowie Kontrolle und der Schutz von Grund- und Verfahrensrechten müssen dabei auf jeden Fall gegeben sein.

### **Keine Isolation von Asylwerber\_innen**

Im Bereich der Grundversorgung für Asylwerber\_innen und andere Anspruchsberechtigte gibt es vermehrt Tendenzen, die Bewegungsfreiheit von Geflüchteten einzuschränken. Besonders stark ist dies im Fall der sogenannten Rückkehrberatungszentren in Schwechat und Fieberbrunn, wo abgelehnte Asylwerber\_innen, die nicht abgeschoben werden können, interniert sind. Die Bewohner\_innen der Rückkehrberatungszentren sind von der Umwelt weitestgehend isoliert: Besuche sind verboten und Angebote für Spracherwerb oder eine sinnvolle Tagesstruktur fehlen gänzlich.

Diese Rückkehrzentren könnten als Blaupause für ein zukünftiges Grundversorgungssystem im Rahmen der BBU dienen. Die über die dafür benötigten Quartiere verfügt das Innenministerium bereits. Ein Ende der Grundversorgung der Länder ist absehbar.

In einer BBU-Grundversorgung wird es keinen Kontakt mit der Zivilgesellschaft geben und Flüchtlingsinitiativen sowie NGOs müssen draußen bleiben. Eine unabhängige Kontrolle von Unterbringungs- und Betreuungsstandards wird so unmöglich.

Egal, wer der Träger der Grundversorgung in Zukunft sein wird, wir fordern verbindliche Standards bei Unterkunft und Betreuung, Möglichkeiten zu Kontakten zur österreichischen Zivilgesellschaft und Maßnahmen für eine Integration vom ersten Tag an.

*#fairlassen* will nicht nur den Status Quo erhalten, sondern eine wirklich unabhängige Asylrechtsberatung erreichen.



### Wie kann ich mich in die Kampagne einbringen?

Die Kampagne wurde am 14. Oktober mit einer Pressekonferenz eröffnet. An diesem Tag ging auch die Website [www.fairlassen.at](http://www.fairlassen.at) online und auf den sozialen Medien wird gepostet und gezwitschert.

Zielgruppe für die Kampagne sind Menschen wie Sie, liebe Leser\_innen, die sich schon für das Thema Flucht und Asyl interessieren, aber vielleicht noch nicht ganz realisiert haben, was durch die BBU auf Schutzsuchende in Österreich zukommt.

Die konkreten Forderungen der Kampagne *#fairlassen* können durch eine Unterschrift unterstützt werden. Sie lauten:

- eine menschenwürdige Versorgung und Betreuung von Schutzsuchenden
- eine strikt unabhängige Rechtsvertretung, die Vertrauen schafft
- eine qualitätsvolle Rechtsberatung und unabhängige Information von Anfang an
- eine ergebnisoffene Perspektivenabklärung in der Rückkehrberatung
- ein bedingungsloses Bekenntnis zu rechtsstaatlichen Verfahren
- Integration statt Isolation von Schutzsuchenden

Als wichtigstes Material für die Kampagne dient ein Folder, mit wichtigsten Infos und der Unterstützungserklärung für die Forderungen. Auch via Postkarten können die Forderungen unterstützt und ein Newsletter bestellt werden. Die Website [www.fairlassen.at](http://www.fairlassen.at) und der Newsletter halten neben Facebook und Instagram den Kontakt zu den Unterstützer\_innen aufrecht.

Die Forderungen von *#fairlassen* werden aber nur gehört werden, wenn sie von vielen Menschen unterstützt werden. Dazu gibt es neben der Unterstützungserklärung verschiedene Vorschläge, wie Briefe und/oder E-Mails an Politiker\_innen, regionale Informations- und Protestveranstaltungen (Mahnwachen, Flashmobs).

Eine breite Allianz der Zivilgesellschaft kann das BBU-Gesetz als Anschlag auf Rechtsstaatlichkeit und verbrieft Verfahrensgarantien ins öffentliche Bewusstsein rücken und damit die Grundlage für eine wirklich unabhängige Rechts- und Rückkehrberatung und eine menschenwürdige Versorgung von Asylsuchenden legen.

[www.fairlassen.at](http://www.fairlassen.at)  
<https://www.facebook.com/sicherseinAT/>  
<https://twitter.com/sicherseinat>

# Chancen für eine neue EU-Politik

*Von Catherine Woollard*

Es gibt dieses Jahr in der politischen Szene der EU Änderungen in Hülle und Fülle. Manche sind schon bestätigt, andere noch in Verhandlung. Ein neues Europäisches Parlament und neue Regierungen in 10 Mitgliedstaaten bedeuten neue Player (und neue Spiele) im EU-Rat. Es gibt eine neue Kommission. Margaritis Schinas (GR) wird als einer von acht Vizepräsident\_innen Asyl und Migration „koordinieren“ und für Integration verantwortlich sein. Die tägliche Arbeit in Asylfragen wird wohl von Ylva Johansson, der schwedischen Kommissarin, geleitet. Es gibt noch sechs weitere Kommissar\_innen die in Fragen im Zusammenhang mit Asyl und Migration eine Rolle spielen sollten. Aber wird all das zu einem neuen Ansatz für die Asyl- und Migrationspolitik der EU führen? Möglich, aber dafür wären kluge Entscheidungen von Vertreter\_innen der Mitgliedstaaten und der Kommission, die die EU-Politik vorantreiben können, erforderlich.

Es gibt die Wahl zwischen zwei Wegen: eine Fortführung der aktuellen Strategie oder eine neue Richtung. Ziel der EU-Strategie ist seit 2016 die Verhinderung von Migration nach Europa, auch oder insbesondere von Flüchtlingen, da sie ja „irregulär“ migrieren müssen. Um das zu erreichen, gibt es ein endloses Recycling von fantastischen Lösungen für das „Mi-

grationsproblem“ Europas: externe Bearbeitung, Inhaftierung in Nachbarländern, Rückführung aller und die Schaffung eines so feindlichen Umfelds, dass niemand kommen will (weil angeblich Pull-Faktoren sie nach Europa ziehen, obwohl es keine Beweise dafür gibt). Dieser Ansatz erfordert und schürt Angst, die wiederum die rechtsextremen Populist\_innen antreibt, anstatt sie, wie einige behaupten, verschwinden zu lassen.

Die Alternative, der zweite Weg, führt zum Aufbau eines funktionierenden Asylsystems in Europa und zum Einsatz von genügend Ressourcen, damit es auch funktioniert, sowie zur Einführung einer umfassenden Migrationspolitik, die (zumindest teilweise) human und rational ist und den wirtschaftlichen Interessen Europas dient.

Um Europa auf diesen zweiten Weg zu bringen, müssen sieben Schritte so schnell wie möglich gesetzt werden.

## **Rücknahme der Vorschläge zur Asylreform 2016**

Die 2016 von der Kommission erarbeiteten Reformen basierten auf dem Ziel, den Zugang zu Asyl in Europa zu verhindern, indem das Modell des EU-Türkei-Deals kodifiziert und universalisiert werden sollte. Sie verstärkten die ohnehin schon





Catherine Woollard  
ist Generalsekretärin  
des European  
Council on Refugees  
and Exiles (ECRE)

unfairen Verantwortlichkeiten für die Länder an den Außengrenzen. Trotz der Bemühungen des Europäischen Parlaments, die Vorschläge zu verbessern, gibt es keine Anzeichen, dass die Mitgliedstaaten bereit sind, sich auf etwas zu einigen, geschweige denn auf etwas Anständiges. Die Vorschläge müssen weg – besser keine Reform als eine schlechte Reform.

### **Fokus auf Umsetzung bestehender Regeln**

Mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (CEAS) verfügt die EU über einen erst kürzlich überarbeiteten Asylrechts-Corpus. Der Fokus sollte auf der Einhaltung der Regelungen zu Aufnahmebedingungen, Asylverfahren und Qualifizierung liegen. Über die *AIDA*-Datenbank hat *ECRE* alle Bereiche erfasst, in denen Verbesserungen notwendig sind – hier gibt es genug Arbeit für die Mitgliedstaaten und eine klare Agenda für die Organe der EU. Die Ressourcen der Kommission und insbesondere von *EASO* müssen für die Unterstützung und das Monitoring der Umsetzung des EU-Asylrechts verwendet werden, nicht für die Neufassung dieses Rechts, um Menschen fernzuhalten, und auch nicht dafür, in Nordafrika Unterstützung für eine solche Politik zu kaufen.

### **Dublin. Wo Reform unerlässlich ist**

Wie allgemein anerkannt funktioniert die *Dublin-Verordnung* nicht. Das System zur Festlegung der Zuständigkeit für Asylanträge muss geändert werden. Der *Dublin-IV*-Vorschlag war nicht die Antwort. Er hat das grundlegende Problem, das Prinzip des ersten Ankunftslandes als Standard, nicht thematisiert.

Dabei liegen Alternativen zu *Dublin* auf dem Tisch: Das Parlament hat seine Vorschläge gemacht und selbst die Kommission hat 2016 einen grundlegenden Reformvorschlag ausgearbeitet.

Es wird argumentiert, dass die Mitgliedstaaten so gespalten sind und es keinen Sinn macht, Reformen anzugehen. Aber das dysfunktionale *Dublin*-System ist das Ergebnis politischer Entscheidungen und nicht ein unveränderlicher Akt Gottes. Es kann und sollte durch politische Entscheidungen reformiert werden. In der Zwischenzeit kann *Dublin* so umgesetzt werden, dass der Schaden minimiert wird, indem man sich auf Familienzusammenführung konzentriert, den verfügbaren Ermessensspielraum nutzt, um Menschen nicht in Mitgliedstaaten mit mangelhaften Asylsystemen zu schicken und die humanitäre Klausel zur Unterstützung von Relocation nutzt.

### **Europäische Werte, insbesondere Rechtsstaatlichkeit, müssen Priorität sein**

Die Politik der Migration und die damit verbundene Toxizität werden von Westentaschendemagog\_innen in Europa und anderswo als Ablenkungsmanöver eingesetzt. Diese Politik ist auch ein Angriff auf die Demokratie, da sie Opposition und Kontrolle untergräbt und den Rechtsstaat zerstört, indem sie Gerichte lahm legt, Verfassungen neu schreibt oder durch Notverordnungen regiert. Die scheidende Kommission begann, Maßnahmen dagegen zu ergreifen, die auch im Rahmen der nächsten Kommission fortgesetzt werden müssen.

Angesichts der Unterdrückung der Zivilgesellschaft in der gesamten EU, die von ihren eigenen Agenturen und Institutionen dokumentiert wird, muss diese Arbeit intensiviert werden, einschließlich der Verhängung finanzieller, rechtlicher und politischer Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, die die Grundrechte missachten. Um die Rechtsstaatlichkeit in Europa sollen sich nun Justizkommissar Didier Reynders aus Belgien und die Tschechien Věra Jourová mit ihrem Portfolio „Werte und Transparenz“ kümmern. Es ist zu hoffen, dass dadurch die Zivilgesellschaft gestärkt wird und nicht noch mehr in Schwierigkeiten kommt. Unmittelbar betroffen sind auch *ECRE*-Mitglieder in mindestens vier EU-Ländern. Sie sind mit Sanktionen, wie Geldstrafen, Gefängnis und nie geahndeten Todesdrohungen, konfrontiert und das nur, weil sie ihre Arbeit getan haben.

### **Umsetzung des Abkommens über die Landung im Mittelmeerraum**

Kurzfristig und in Ermangelung der notwendigen Reform von Dublin sind vorü-

bergehende Mechanismen erforderlich, um einige der schlimmsten Auswirkungen abzumildern. So weigern sich die Länder, das Anlanden von Rettungsschiffen zuzulassen, auch weil Dublin sie allein für die geretteten Personen verantwortlich macht. Im Juli wurde von Frankreich ein vorläufiges Abkommen über die Situation im Mittelmeerraum mit 14 beteiligten Ländern ausgehandelt. Es scheint mit dem Plan, den *ECRE* im vergangenen Jahr vorgelegt hat und der die Aufteilung der Verantwortlichkeiten für das Ausschiffen und einen Umsiedlungsmechanismus vorsieht, übereinzustimmen. Die Kommission sollte die Fortsetzung der Verhandlungen und die anschließende Umsetzung des Abkommens erleichtern. Das erfordert eine Abkehr vom Versuch, die nordafrikanischen Länder dazu zu bringen, einem Abkommen beizutreten und Schiffe zurückzunehmen (obwohl sie keine sicheren Orte sind) und den Versuch, die europäischen Länder davon zu überzeugen, „kontrollierte Zentren“ oder „Hotspots“ (d.h. Gefangenenlager) für Flüchtlinge zu akzeptieren.

### **Überprüfung und Überarbeitung des EU-Türkei-Deals**

*ECRE* hat sich von Anfang an gegen den Deal ausgesprochen und seine vielfältigen negativen Folgen hervorgehoben. Viele politische Entscheidungsträger sind jedoch nach wie vor von ihrem „Erfolg“ überzeugt und können nicht erkennen, dass es Alternativen gab und gibt (z.B. die EU-Richtlinie für vorübergehenden Schutz, die speziell für Situationen massenhafter Fluchtbewegungen konzipiert wurde). Es wird also wenig Bereitschaft geben, den Deal aufzuheben. Dennoch sollte die „außergewöhnliche“ und „befristete“ Maßnahme nach drei Jahren zumindest überprüft und überarbeitet werden. Zunächst muss die Fest-



Ziel der EU-Strategie ist seit 2016 die Verhinderung von Migration nach Europa, auch oder insbesondere von Flüchtlingen, da sie ja „irregulär“ migrieren müssen.

setzung der Menschen auf den griechischen Inseln aufhören, was ein anhaltender Skandal ist.

### Finanzierung der Integration

Während die Kommission einige Zeit brauchen wird, um die Arbeit aufzunehmen, warten die EU-Haushaltsverhandlungen auf niemanden. Vorschläge sind da, Verhandlungen laufen und Vereinbarungen werden getroffen. Die Finanzierung ist wichtig, weil sie ein Weg für die EU ist, Macht auszuüben und Veränderungen herbeizuführen.

Es sollten zwei politische Ziele verfolgt werden: (1) Bereitstellung umfangreicher Mittel für die Integration; (2) Verteilung des Geldes an diejenigen, die tatsächlich an der Integration arbeiten, an sie glauben und über praktisches Fachwissen verfügen.

Das bedeutet, nicht zu erlauben, dass die Mitgliedstaaten die gesamten Mittel von *AMIF*, *ESF* und anderen Finanzierungsinstrumenten in die Rückkehr stecken. Dafür muss ein höherer Prozentsatz der Mittel nicht den Zentralregierungen, son-

dern den lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft zugewiesen werden.

*ECRE* hat in Zusammenarbeit mit *PICUM* und *UNHCR* eine detaillierte Analyse und Empfehlungen ausgearbeitet, wie dies in der Praxis geschehen kann. Wie die Regeln und Mechanismen der Mittelverwaltung gestaltet sind, muss von der Kommission gesteuert werden.

In den nächsten fünf Jahren wird es viele Entscheidung, viele Kämpfe und zweifellos viele Krisen – real, imaginär und hergestellt – im Zusammenhang mit Migration geben. Aber sie werden die EU nicht zerstören – es sei denn, die Mainstream-Politiker\_innen spielen den Extremist\_innen in die Hände und verfolgen weiterhin einen Weg unrealistischer und unmenschlicher Nicht-Lösungen. An dem Scheideweg, an dem wir heute angekommen sind, bedarf es der skizzierten kurzfristigen Maßnahmen, um die EU mit Nachdruck auf den richtigen Weg zu bringen.

Bei den Workshops von *Brighter Futures London* wird nicht von „psychischen Problemen“, sondern über Wohlergehen, Wohlbefinden und Stress gesprochen.



## Keep your head up!

**Wie in Großbritannien das Wohlbefinden psychisch gefährdeter junger Flüchtlinge gestärkt wird. Wir stellen drei Programme vor. Von Franziska Tachtler**

Durch die Erlebnisse vor, während und nach der Flucht ist die Wahrscheinlichkeit, psychisch zu erkranken, für Geflüchtete sehr groß. Häufige psychische Erkrankungen sind posttraumatische Belastungsstörungen und Depressionen. Aber auch normale Verarbeitungsprozesse nach traumatischen Erlebnissen können sehr belastend sein. Dazu gehören Alpträume, ein allgemeines oder in bestimmten Situationen auftretendes Unsicherheitsgefühl und die Angst vor ungewollt aufkommenden Erinnerungen. Um diese Symptome zu lindern und psychische Erkrankungen zu verhindern, können Geflüchtete Bewältigungsmechanismen und -strate-

gien erlernen. Es gibt zum Beispiel Übungen (auch Interventionen genannt), die dabei helfen, Gefühle besser wahrnehmen und benennen zu können. Außerdem erhöhen eine gute Schlafhygiene und Selbstfürsorge im Alltag das Wohlbefinden. Psychologische Dienstleistungen und Programme können Geflüchteten helfen, diese Interventionen kennenzulernen, umzusetzen und so psychische Schwierigkeiten zu bewältigen oder diesen sogar vorzubeugen. Jedoch gibt es einige Aspekte, die den Zugang zu existierenden Diensten erschweren. Eine häufig genannte Barriere ist die kulturell geprägte Vorstellung von psychischen Erkrankungen (Majumder et al., 2015). Diese gelten meist noch mehr als Tabuthema als in Österreich oder anderen westlichen Ländern und es ist deshalb oft schwierig, Geflüchtete mit existierenden psychologischen Programmen oder Therapien zu erreichen.

### **Wellbeing Workshop & Toolkit**

Im Rahmen meines Doktoratsstudiums habe ich während eines Auslandsaufenthalts

in London verschiedene psychologische Programme kennengelernt, deren Ziel es ist, geflüchteten Jugendlichen mit präventiven Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit zu helfen. Die Programme, die ich in diesem Artikel genauer vorstelle, erreichen die Jugendlichen in verschiedenen Kontexten: bei der Ankunft in England, bei einer Interessensvertretung, die auch Hilfe bei der Wohnungs- und Jobsuche anbietet, und an einer Klinik in London. Alle drei Programme fokussieren sich auf die Stärkung des psychischen Wohlbefindens, ohne dabei therapeutisch zu sein.

Das *UASC Health Programm* wurde von Ärzt\_innen entwickelt, um Jugendliche und junge Erwachsene bei der Ankunft in England zu versorgen. Diese erhalten sogenannte Wohlbefinden-Pakete. Ein anderes Programm ist von *Brighter Futures London*, eine Interessensvertretung in London, die sich für junge Asylsuchende einsetzt. Die Interessensvertretung hat einen Wohlbefinden-Workshop entwickelt, der die Fähigkeiten zur Stärkung des Wohlbefindens fördert. Zusätzlich zum Workshop stehen die Inhalte auf der Webseite der Organisation als Wellbeing-Toolkit zusammengefasst zur Verfügung (*Brighter Futures London*). Die Idee des Programms ist, den Zugang zu Interventionen außerhalb einer Therapie zu ermöglichen, da die Wartezeiten auf Therapieplätze sehr lang sind. Ähnliche Wohlbefinden-Workshops bieten auch Psycholog\_innen an einer Klinik in London an. Dort können geflüchtete Jugendliche zusätzlich zur Therapie Interventionen zur Stärkung des Wohlbefindens kennenlernen.

### Enttabuisierung

Die drei psychologischen Programme gehen bei der Vermittlung eines guten Umgangs mit psychischen Schwierigkeiten

ähnlich vor. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, das Thema psychische Gesundheit zu normalisieren und enttabuisieren.

Eine Möglichkeit hierfür ist die Wortwahl. Bei den Workshops von *Brighter Futures London* wird nicht von „psychischen Problemen“, sondern über Wohlergehen, Wohlbefinden und Stress gesprochen. Dabei wird betont, dass viele Menschen Schwierigkeiten mit Stress haben. Außerdem werden bei den Workshops Wege vermittelt, wie man auf kreative Art Gefühle teilen und ausdrücken kann.

Auch die Vermittlung der Inhalte in der Gruppe hilft bei der Enttabuisierung, denn dies zeigt den geflüchteten Jugendlichen, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine sind. Die Workshops bei *Brighter Futures London* werden zudem von Jugendlichen gehalten, die zuvor selbst an einem Workshop teilgenommen haben. Durch das Unterrichten der Übungen in der Gruppe wird außerdem das gemeinschaftliche Lösen von Problemen gefördert, was die Jugendlichen zusätzlich stärkt.

Ein weiterer Weg zur Enttabuisierung ist die Vermittlung von Wissen über psychische Erkrankungen. Dadurch verstehen





In London gibt es viele Programme, deren Ziel es ist, das Thema psychische Gesundheit unter Kindern und Jugendlichen zu enttabuisieren.

die geflüchteten Jugendlichen, dass ihre Reaktionen auf das Erlebte normal sind, da das Gehirn sich anpasst. Bei dem Workshop an der Klinik in London werden die Funktionen des Gehirns mit Bildern erklärt: Der Hippocampus wird hier mit einer Bibliothekarin und die Amygdala mit einem Sicherheitsbeamten verglichen. Der Sicherheitsbeamte ist dafür zuständig Alarm zu schlagen, wenn er Signale für Gefahren sieht. Manchmal schlägt der Sicherheitsbeamte zu viel Lärm, sodass Informationen an den Hippocampus blockiert werden. Auch Informationen über Schlaf und die Gründe für Schlafprobleme sind bei allen drei Programmen ein fester Bestandteil.

Zu guter Letzt können praktische Übungen und Tipps den Zugang zur psychischen Gesundheit erleichtern. Das Wohl-

finden-Paket, das bei der Ankunft in England verteilt wird, enthält zum Beispiel Utensilien zur Verbesserung des Schlags wie ein Lavendelsäckchen, eine Sorgenpuppe und ein Nachtlicht. Außerdem werden Tipps und Anleitungen gegeben, wie man die innere Uhr Stück für Stück umstellen kann und wie man besser schläft. Auch an der Klinik und bei *Brighter Futures London* wird versucht, den geflüchteten Jugendlichen praktische Dinge an die Hand zu geben. Es wird erklärt, wie sie durch Trackingtechnologien mit dem Handy oder ein Tagebuch ihre Routinen und Gewohnheiten kennenlernen und dadurch herausfinden, was bei ihnen persönlich zu schlechtem und was zu gutem Schlaf führt. Auch Erdungstechniken, die verschiedene Sinne und somit den Körper einbinden, erleichtern den Zugang zur psychischen Gesundheit. Außerdem lernen die am Workshop an der Klinik Teilnehmenden, ein Bild oder ein anderes Objekt neben ihrem Bett aufzustellen, das sie daran erinnert, dass sie in England an einem sicheren Ort sind, wenn sie von einem Albtraum aufwachen.

**Umgang mit Gefühlen lernen**

Neben diesen speziell auf Geflüchtete ausgerichteten Maßnahmen gibt es in Großbritannien und vor allem in London viele weitere Programme, deren Ziel es ist, das Thema psychische Gesundheit allgemein und insbesondere unter Kindern und Jugendlichen zu enttabuisieren und zu normalisieren. Diese können auch eine Anregung für die Arbeit mit Geflüchteten bieten und so gestaltet und verbreitet werden, dass diese Programme alle erreichen – egal ob mit Fluchthintergrund oder ohne.

Es gibt zum Beispiel psychologische Programme, die bereits Grundschulkindern vermitteln, dass es verschiedene große und kleine Gefühle gibt, wie sich diese anfühlen



psychische gesundheit

und im Körper zeigen und dass es verschiedene Wege gibt, mit diesen Gefühlen umzugehen, wenn sie uns zu viel werden. Ergebnisse von einem Workshop an einer Grundschule wurden in einem Video mit dem Titel *Talking Mental Health* (Anna Freud NCCF, 2017) zusammengefasst. Das Video zeigt auf spielerische und kindgerechte Art und Weise verschiedene Strategien, wie Duschen und Lesen, die bei Sorgen und Stress helfen, aber auch wie man am besten über Gefühle reden und anderen zuhören kann.

Die Namen vieler anderer Programme in England zeigen zudem, dass die Normalisierung und Enttabuisierung von psychischer Gesundheit allgemein ein aktuelles Thema ist: *Rethink Mental Illness* (Neudurchdenken von psychischen Krankheiten), *Time to change – let's end mental health discrimination* (Zeit für Veränderung – lässt uns die psychische Gesundheitsdiskriminierung beenden), *We all have mental health* (Wir alle haben eine psychische Gesundheit).

### Partizipative Programme

Um das Thema psychische Gesundheit zu enttabuisieren, ist es weiterhin wichtig, die Jugendlichen selbst mit einzubinden. Das geschieht zum Beispiel, indem den Jugendlichen eine Plattform gegeben wird, um über ihre Erfahrungen mit psychischen Problemen zu sprechen, und indem sie bei der Gestaltung von psychologischen Dienstleistungen eingebunden werden. Bei der Organisation *Anna Freud Centre* gibt es zum Beispiel sogenannte *Young Champions*. Dies sind Jugendliche, die sich für das Thema psychische Gesundheit interessieren und oft selbst psychische Probleme haben. Die *Young Champions* nehmen zum Beispiel an sogenannten *Youth Panels* teil, bei denen die Entwicklung von Ressourcen diskutiert wird. Außerdem sprechen die *Young*



*Champions* öffentlich in den Medien und auf Veranstaltungen über ihre Erfahrungen. Des Weiteren stellt eine Plattform des *Anna Freud Centres* Selbstfürsorgestrategien vor, die bei Jugendlichen beliebt sind.

Eine andere Organisation, die *Young Minds*, hat in einer Kampagne mit über 5.600 Jugendlichen geredet, um mehr über ihre Probleme herauszufinden, und über 1.500 junge Aktivist\_innen mobilisiert, um online darüber zu reden und mehr Bewusstsein für psychische Probleme zu schaffen.

Die vorgestellten psychologischen Programme sind erste Schritte auf dem Weg der Enttabuisierung und Normalisierung psychischer Probleme und zeigen, dass psychische Gesundheit nicht nur Geflüchtete, sondern uns alle betrifft. Eine weitere allgemeine Normalisierung, aber auch das Zugeständnis, dass es für alle schwer ist, über psychische Probleme zu reden, könnte dazu beitragen, Barrieren für Geflüchtete abzubauen, und es ihnen leichter machen, mit psychischen Problemen umzugehen und Hilfe anzunehmen.



# Suchterkrankungen und missbräuchlicher Substanzkonsum in Grundversorgungsquartieren

**Im Rahmen der Grundversorgung werden auch Menschen betreut, die aufgrund ihrer Biographie sowie aktuell prekären Lebenssituation für Suchterkrankungen anfällig sind. Oft ist deren Ausgangspunkt der missbräuchliche Einsatz von Substanzen als Selbstmedikation. Obwohl die Betreuung von suchtkranken Personen sehr intensiv ist, ist eine Suchterkrankung für den erhöhten Betreuungsbedarf nicht ausreichend.**

*Von Elke Possarnig*

**Ali** verließ seine Heimat Afghanistan im Kindesalter. Bis zu seinem 15. Lebensjahr lebte er im Iran, wo er u.a. gezwungen wurde, an Kampfhandlungen in Syrien

teilzunehmen. Im Jahr 2015 kam er nach Österreich und stellte einen Asylantrag. Bereits im UMF-Quartier fiel er durch plötzlich auftretende Spannungszustände und Selbstverletzungen (u.a. Ritzen oder Zigaretten auf der Haut ausdrücken) auf. Aufgrund von Streitereien mit anderen Bewohner\_innen, aber auch aggressivem Verhalten und bedrohlichem Gebaren gegenüber den Betreuer\_innen, musste er mehrmals das UMF-Quartier wechseln. Hinzu kamen Schlägereien im alkoholisierten Zustand und Verurteilungen wegen Cannabisbesitz. Mit der Volljährigkeit kam der Wechsel in ein Erwachsenenquartier, was eine massive Veränderung und eine intensive Umstellung in der Betreuungsstruktur für ihn darstellte. Es gibt Nachbetreuungsangebote, wie Übergangswohnmöglichkeiten in betreuten Wohngemeinschaften, jedoch erfüllte Ali die Aufnahme-



kriterien, wie beispielsweise strafrechtliche Unbescholtenheit oder regelmäßigen Schulbesuch, nicht. Weitere Gewaltausbrüche führten zu mehreren disziplinären Abmeldungen und Hausverboten in diversen Quartieren. Ali wurde in den Regelbetreuungsbereich aufgenommen, da, trotz der vielen Vorfälle in den letzten Jahren, noch keine psychiatrische Abklärung stattgefunden hatte und somit kein aktueller Befund für eine Überprüfung des eindeutig erhöhten Betreuungsbedarfs vorhanden war. Durch intensive Betreuung und Motivationsgespräche stimmte er einer psychiatrischen Abklärung zu. Es konnten eine instabile Persönlichkeitsstörung und EINE posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert werden. Ali wurde daraufhin, inzwischen sechs Monate nach seinem Einzug, in den erhöhten Betreuungsbereich zugewiesen und die Betreuung konnte seinen Bedürfnissen angepasst werden. Eine Medikation lehnte er lange ab, da es für ihn eine Art Eingeständnis seiner Erkrankung gewesen wäre. Ihm erscheint es leichter, Stress mit Alkohol zu bekämpfen, obwohl es sehr häufig nicht den gewünschten, sondern gegenteiligen Effekt hat. Somit gibt es laufend, v.a. in alkoholisiertem Zustand, Impulsausbrüche sowohl hausintern als auch -extern. Für sein Asylverfahren sind vor allem die Menge an Verwaltungsstrafen (Alkoholtrinken am Praterstern, Störung der öffentlichen Ruhe oder aggressives Verhalten gegenüber Polizist\_innen) sowie die strafrechtlichen Verfahren wegen Drogenbesitz oder Körperverletzung problematisch.

### **Abhängigkeitssyndrom reicht nicht**

Seit 2008 gibt es in Wien die Möglichkeit des erhöhten Betreuungsbedarfs (EBB) für Personen mit physischen und/oder psychischen Erkrankungen. Durch einen höheren

Tagsatz und besseren Betreuungsschlüssel kann eine wesentlich umfassendere Betreuung gewährleistet werden. Obwohl einer Suchterkrankung oft psychiatrische Erkrankungen zugrunde liegen, sind diese wegen des Konsums kaum oder schwer diagnostizierbar. Mögliche Grund- oder Begleiterkrankungen, wie beispielsweise Depression, Angststörung, posttraumatische Belastungsstörung oder Persönlichkeitsstörung, werden zudem unterschätzt und oft nicht erkannt.

Durch das Einnehmen von Substanzen können Symptome von psychiatrischen Erkrankungen unterdrückt und beispielsweise eine zugrundeliegende Traumatisierung oft über Jahre hinweg nicht diagnostiziert werden. Ähnlich auch bei Personen, die aufgrund einer schweren Depression und/oder Angststörung in den Alkoholismus geraten sind. Dies führt dazu, dass auch nach einer psychiatrischen Abklärung die Diagnosen für die Zuerkennung des EBB nicht ausreichen, da „lediglich“ ein Abhängigkeitssyndrom angeführt wird.

### **Hohe Risikofaktoren**

Die Entstehung einer Suchterkrankung ist ein prozesshaftes Geschehen. In multifaktoriellen Modellen der Suchtentstehung werden bekannte Risiko- und Schutzfaktoren, sowohl auf der individuellen, sozialen, gesellschaftlichen, aber auch biologischen Ebene gesammelt und geordnet. Gesellschaftliche suchtfördernde Anteile sind beispielsweise Armut, Arbeitslosigkeit oder soziale Ausgeschlossenheit. Individuelle Risikofaktoren sind u.a. eine erhöhte Anfälligkeit durch Traumatisierung oder psychische Erkrankungen.

All diese Risikofaktoren sind bei Menschen mit Fluchterfahrung weitaus höher und können zu einer Suchterkrankung oder missbräuchlichem Konsum führen. Vor

allem bei alleinstehenden Männern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen fehlen wichtige gesellschaftliche, soziale, aber auch individuelle Schutzfaktoren. Durch die Abwesenheit der Familie fehlt einerseits ein soziales Korrektiv, andererseits ist die Situation mit Einsamkeit, aber auch großen Sorgen, verbunden, da sich die Familienmitglieder noch in den Krisengebieten aufhalten, ihr Aufenthaltsort unbekannt ist oder sich in einem Flüchtlingscamp außerhalb der EU befinden. Auf der Ankerperson liegt sozusagen das Schicksal der gesamten Familie – sei es Hoffnung auf eine mögliche Familienzusammenführung oder finanzielle Unterstützung. Hinzu kommen Gebietsbeschränkungen, die Ungewissheit über den zukünftigen Aufenthalt im Aufnahmeland, aber auch die Einschränkung der Entscheidungsfreiheit über die Wohnsituation (z.B. Unterbringung in Mehrbettzimmern), sowie die unabsehbare Dauer des Asylverfahrens und das damit verbundene Warten.

### **Psychische Belastung durch Flucht und Migration**

Die Phasen, sowohl freiwilliger als auch unfreiwilliger Migration, sind durch Krisen und Anpassungserfordernisse des Individuums gekennzeichnet. In Bezug auf die Fluchterfahrung werden oft drei Bereiche differenziert: (1) das Geschehen vor der Flucht, das zu verschiedenen Prämigrationstraumata führen kann (z.B. Krieg im Heimatland), (2) die Fluchterfahrung an sich, die oft Monate/Jahre dauert (Camps in Libyen, Überfahrt auf dem Mittelmeer), und (3) Stresssituationen, die erst im Aufnahmeland auftreten und gravierende psychische Belastungen darstellen, sogenannte Postmigrationsstressoren, wie das „Ankommen“ in der Aufnahmegesellschaft und damit verbundene Belastungs- und Risikofaktoren.

Eine der häufigsten Erklärungen für den Zusammenhang von traumatisierenden Lebenserfahrungen und Suchterkrankungen ist die Selbstmedikationshypothese (Khantzian). Sie geht davon aus, dass die Einnahme des Suchtmittels bzw. Fortsetzung des Suchtverhaltens der Bewältigung, aber auch der Verdrängung bzw. dem Blockieren von Gefühlen dient und eine Kompensation von Stress und Sinnverlust darstellt. Es ist der Wunsch aus unerträglichen Realitäten in einen Betäubungszustand zu flüchten, der entsteht, wenn innere Ressourcen nicht ausreichen, um äußere, mit der Migration einhergehende Anforderungen zu bewältigen.

Alkohol führt beispielsweise kurzzeitig zu Entspannung, kann jedoch rasch in Hemmungslosigkeit abdriften und u.a. dazu führen, dass Personen bislang unterdrückten Aggressionen freien Lauf lassen. Selbstverletzungen, Aggression gegenüber anderen Bewohner\_innen, innerhalb der Familie oder auch gegenüber dem Personal in Flüchtlingsunterkünften oder Uniformierten stellvertretend für das System sind keine Seltenheit.

### **Mohammed aus Somalia**

Mohammed aus Somalia kam im Juni 2011 nach Österreich und erhielt kurz darauf subsidiären Schutz. Alkoholisiert beging er mehrere kleinere Diebstähle, beispielsweise Dosenbier, Nahrungsmittel oder Kleidungsstücke. Zu diesem Zeitpunkt war er obdachlos, da er nicht im Stande war, sich selbstständig eine Wohnung zu organisieren bzw. alltägliche Aufgaben zu meistern. Aufgrund der Summe an kleineren Diebstählen wurde er 2014 wegen gewerbsmäßigen Diebstahls zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von sieben Monaten verurteilt. Daraufhin wurde ein Aberkennungsverfahren eingeleitet, sein subsidiärer

Schutz aberkannt und amtswegig eine Duldungskarte ausgestellt.

Mohammed konnte dem Verfahren nicht folgen, begriff erst, dass sich etwas geändert hat, als er keine Mindestsicherung mehr bekam und wieder in ein Grundversorgungsquartier umziehen musste. Obwohl Mohammed bereits von mehreren Quartieren aus disziplinären Gründen abgemeldet werden musste, ist er Klient des Regelbetreuungsbereichs. Eine ausreichende medizinische Abklärung war bis dato nicht möglich, weil er entweder Arzttermine nicht einhält oder zu stark alkoholisiert gewesen ist. Im Quartier ist die Betreuung sehr aufwendig. Es ist beinahe unmöglich, geeignete Zimmerkollegen für ihn zu finden, da er sich und seinen Bereich sehr vernachlässigt und im alkoholisierten Zustand beginnt, laut mit sich selbst zu reden und wild zu gestikulieren, was andere Bewohner irritiert und verängstigt. Neben den Schwierigkeiten eine ideale Zimmerkonstellation zu finden, ist Mohammed kaum bis gar nicht compliant und hat aktuell keine Krankheitseinsicht. Wesentlicher Betreuungsaufwand sind Vertrauensaufbau und regelmäßige Motivationsgespräche, damit er sich in adäquate ärztliche Behandlung begibt und eine Aufnahme in den erhöhten Betreuungsbedarf überhaupt erst möglich ist. Es wurde für ihn eine Erwachsenenvertretung angeregt im Zuge derer eine psychiatrische Abklärung geschehen wird. Zugestimmt hat er jedoch nur, weil aktuell wieder ein Verfahren wegen Diebstahl anhängig ist. Ein Antrag auf gesundheitsbezogene Maßnahmen wurde abgelehnt, gegen das Urteil Berufung eingebracht. Hinzu häufen sich Verwaltungsstrafen wegen öffentlichen Urinierens, Alkoholkonsum am Praterstern etc. Mohammed hat offenkundig erhöhten Betreuungsbedarf und benötigt bis zu seiner Stabilisierung ein Einzelzim-

mer. Da die finanziellen Mittel im Grundversorgungsbereich jedoch sehr begrenzt sind, ist dies kaum möglich und führt wiederum dazu, dass er sich mit Zimmerkollegen streitet und Gefahr läuft, seinen Wohnplatz erneut zu verlieren.

### **Schwierige Klient\_innen**

Bei Klient\_innen mit Suchterkrankung bzw. missbräuchlichem Konsum besteht oft die Gefahr, dass sie gegen Hausregeln verstoßen und somit die Unterkunft verlieren. Insbesondere unter starkem Alkoholeinfluss

## Die Entstehung einer Suchterkrankung ist ein prozesshaftes Geschehen.

oder Beeinträchtigung durch andere Substanzen kommt es häufig zu Vorfällen (z.B. Vandalismus, körperliche Gewalt), welche mit disziplinären Maßnahmen verbunden sein müssen. Durch Berausung oder Intoxikation kann eine Person andere stören, die Kontrolle verlieren, aggressiv werden und Streitigkeiten verursachen. Aufgrund fehlender Impulskontrolle ist die Person im Gesamtgefüge des Hauses nicht tragbar und muss die Einrichtung wechseln, was wiederum zu einem Bruch in der Betreuungs- und Beziehungsarbeit führt.

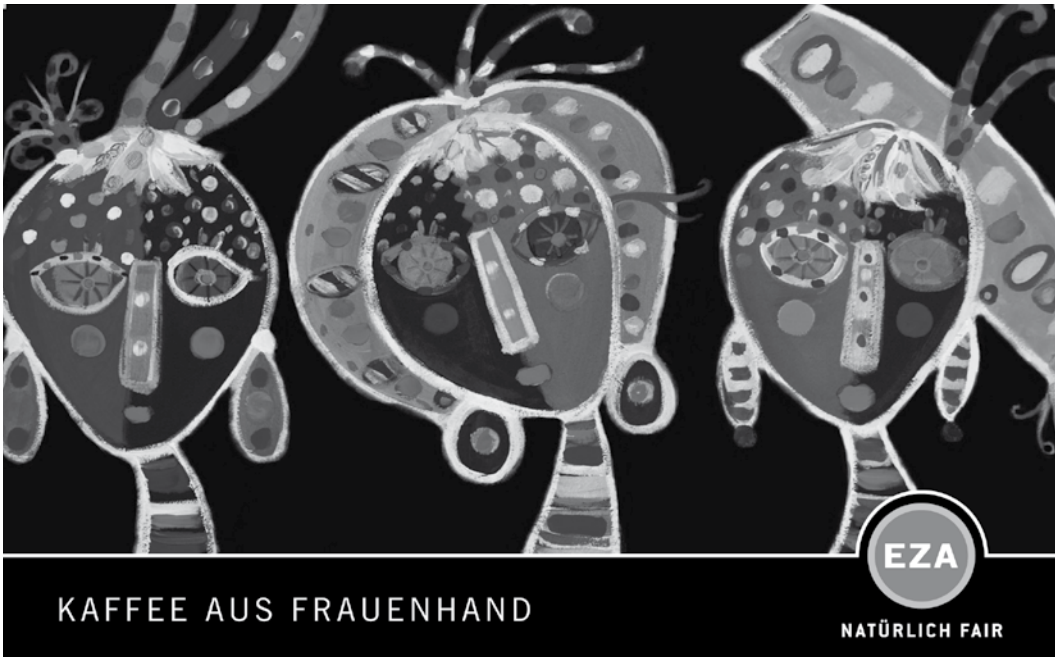
Substanzkonsum oder -missbrauch führen auch zu sozialen und strafrechtlichen Konsequenzen, welche für das Asylverfahren negative Auswirkungen haben können. Häufig kommt es aufgrund von Straffälligkeit zur Aberkennung von Asyl, subsidiären Schutzes oder eines Aufenthaltstitels. Die Personen erhalten dann oft – wie Mohammed – eine Duldung und sind auf unbestimmte Zeit vom GVS-System abhängig.

### Neuer Umgang notwendig

Die angeführten Beispiele verdeutlichen, dass suchtkranke Personen bzw. jene mit missbräuchlichem Substanzkonsum einen erhöhten Betreuungsbedarf aufweisen und mehr in den Fokus gerückt werden müssen. Da die Betreuung auf zwei Ebenen, sowohl der Suchterkrankung als auch der psychiatrischen Störung, erfolgen soll, ist ein wesentlicher Mehraufwand in Bezug auf Begleitungen, stabilisierenden Gesprächen, Unterstützungen bei Terminvereinbarungen zu erkennen. Um Konflikte zu minimieren, sollten die Personen nicht in großen Grundversorgungsquartieren untergebracht werden, sondern im besten Fall ein Einzelzimmer bekommen, um den jeweiligen Konsum durch andere suchtkranke Mitbewohner\_innen nicht noch zu verstärken, oder eine Stabilisierung eventuell sogar Abstinenz negativ zu beeinflus-

sen. Tatsache ist, dass diese Personen-gruppe einen eindeutig erhöhten Betreuungsbedarf aufweist.

Auch zwischen Suchthilfeeinrichtungen und NGOs im Flüchtlingsbereich besteht noch viel Vernetzungsbedarf. Einerseits können Mitarbeiter\_innen in Suchthilfeeinrichtungen spezielle aufenthaltsrechtliche Fragestellungen nicht im Detail beantworten, andererseits bedarf es seitens der Organisationen im Asylbereich Fortbildungen und Schulungen zur Thematik im Umgang mit Substanzmissbrauch und Suchterkrankung. Auch im Zuge des Asylverfahrens sollten Straffälligkeiten, welche im Zusammenhang mit einer psychischen Erkrankung oder Suchterkrankung stehen, mildernd für die Person gewertet, sowie die Summe der Risikofaktoren und die damit erhöhte Vulnerabilität in die Entscheidung miteinbezogen werden.



Erhältlich im Weltladen und unter [www.eza.cc](http://www.eza.cc)



Bezahlte Anzeige



## „Mich kümmert's, ich helfe freiwillig.“

Mohammed A., Freizeitbetreuer

„Ich liebe meine Tätigkeit. Ich versuche zu helfen, sooft ich kann! Speziell in der Urlaubszeit ist viel zu tun. Gerade dann braucht es viele freiwillige Helferinnen und Helfer, die mit Geduld und Herz bei der Sache sind.“ Wien braucht immer neue Freiwillige. Zum Beispiel im Sozialbereich. Dich kümmert's? Werde jetzt freiwillige Helferin oder freiwilliger Helfer unter [freiwillig.wien.gv.at](http://freiwillig.wien.gv.at)

Stadt  
Wien

wienkuemmerts.wien.gv.at

# Kräfte stärken – Trauma bewältigen

**Der Verein AFYA bietet ein niederschwelliges Trauma-Bearbeitungs-Programm für Kinder und Jugendliche an.** *Von Sabine Kampmüller und Nina Hermann*



**Afya** bedeutet Gesundheit und Wohlbefinden im arabischen Sprachraum, aber auch auf Persisch und Kisuaheli. Ganzheitlich betrachtet erfasst Gesundheit sowohl körperliche als auch seelische und soziale Aspekte.

Der Verein AFYA, 2016 in Wien gegründet, versucht dieser Sichtweise gerecht zu werden, wobei der Schwerpunkt auf der seelischen Gesundheit (Mental Health) geflüchteter Kinder und Jugendlicher liegt.

Das besondere Anliegen des Vereins AFYA ist es, derzeit vorhandenes Fachwissen über Trauma-Bewältigung zeitnah zur Anwendung zu bringen.

In Österreich ist das Schulungsprogramm **Kräfte stärken – Trauma bewältigen** das erste dieser Art.

## Hintergrund des Programms

Das Trauma-Bearbeitungs-Programm, im englischen Original Teaching Recovery Techniques (TRT®), entstand in den 90er-Jahren vor dem Hintergrund der Jugoslawienkriege, als UNICEF eine Gruppe von Psychotherapeut\_innen, spezialisiert auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, beauftragte, Daten über die Auswirkungen von Krieg und Gewalterfahrung zu

sammeln und in weiterer Folge Strategien zu entwickeln, um dieser Zielgruppe psychologische Hilfestellung zu geben. Bis dahin gab es kaum Untersuchungen über die Auswirkung von traumatischen Erlebnissen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Vielfach wurde davon ausgegangen, dass eine posttraumatische Belastungsstörung nur bei Erwachsenen auftritt.<sup>1</sup>

1999 entwickelte das psychiatrische Institut in London gemeinsam mit dem Krisenzentrum Bergen/Norwegen das sogenannte TRT® Programm (Teaching Recovery Techniques), ein auf kognitiver Verhaltenstheorie basierendes Konzept, welches Kindern und Jugendlichen dabei helfen soll, nach Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten ihre traumatisierenden Erlebnisse besser einordnen und verarbeiten zu können.

Die norwegische Stiftung Children and War (CAW Foundation), 2000 gegründet, arbeitet mit Partnerorganisationen daran, das Programm in adaptierter Form in verschiedenen Ländern Europas (UK, Norwegen, Schweden, Deutschland, Österreich) auch im Rahmen der Integration geflüchteter Menschen zu etablieren.

**1** Yule, W., Dyregrov, A., Raundalen, M. & Smith, P. (2013): Children and War: Past and present. The work of the Children and War Foundation. European Journal of Psychotraumatology, 4: 18424.



### **Aufbau des TRT-Programms und Zielgruppen**

Kräfte stärken – Trauma bewältigen – ist ein niederschwelliges Programm zur Verarbeitung kriegs- und katastrophenbedingter Traumata. Es wird im Rahmen von AFYA für geflüchtete Kinder und Jugendliche zwischen acht und 18 Jahren, die in Österreich um Asyl angesucht haben, angeboten. In acht zweistündigen wöchentlichen Einheiten werden von zwei muttersprachlichen Gruppenleiter\_innen Inhalte zu Trauma und möglichen Bewältigungsstrategien vermittelt. Die Gruppengröße liegt zwischen acht und zehn Personen. Die Gruppenbildung nimmt Rücksicht auf Alter, Geschlecht und ethnischen Hintergrund. Voraussetzung für die Teilnahme ist Gruppenfähigkeit und ein Mindestmaß an Stabilität und Fähigkeit, die eigenen Reaktionen zu kontrollieren. Die Teilnahme am Programm ist in jedem Fall freiwillig. Die von der Schule vorgeschlagenen Kinder entscheiden nach der ersten „Infostunde“, ob sie tatsächlich mitmachen wollen. Wichtig ist für die meisten, zu wissen, dass sie nicht erzählen müssen, sondern in der Gruppe Werkzeuge vermittelt bekommen,

um „ihre Ruhe im Kopf“ wieder zu finden. Vor Beginn des Programms werden auch die Eltern informiert und geben ihr Einverständnis zur Teilnahme.

Die Gruppenbildung nimmt Rücksicht auf Alter, Geschlecht und ethnischen Hintergrund.

### **Sozial-emotionale Kompetenzen stärken**

In den Einheiten werden die Kinder für traumabedingte Reaktionen und Verhaltensweisen sensibilisiert, lernen, Gefühle zu benennen und trainieren Atem- und (Muskel-)Entspannungstechniken. Durch Imaginationen („der sichere Ort“) und Distanzierungsübungen sollen sie Kontrolle über körperliche und seelische Reaktionen wie-

„Wenn die Erinnerungen und der Stress kommen, sage ich mir: Ich bin jetzt hier. Ich bin an einem sicheren Ort.“

(Schulungsteilnehmerin nach Pilotdurchgang in Wien, Juli 2017)

dererlangen. Stressreduktion und Stabilisierung sowie Entdeckung der jeweils spezi-

fischen individuellen Ressourcen sind wesentliche Schwerpunkte des Programms, während Durch- und Aufarbeitung der traumatischen Inhalte höherschweligen Angeboten vorbehalten bleiben. Das Arbeiten in der Gruppe wird als Potenzial genutzt, gleichzeitig werden sozial-emotionale Kompetenzen gefördert. Kinder und Jugendliche bei denen sich während des

Workshop zum Thema „Traumafolgen in der Schule“ angeboten, mit dem Ziel, sie mit traumapädagogischen Werkzeugen vertraut zu machen und über die Wirksamkeit im Austausch zu bleiben. Eine gute Kooperation mit dem Stützsystem der Schule, z.B. Beratungslehrer\_innen, erleichtert auch die Weiterbetreuung einzelner Teilnehmer\_innen.

## „Danke: Ich habe gelernt, dass ich stark bin!“

(Schulungsteilnehmer am Ende des TRT-Programms im April 2018)

Programms schwerwiegende psychische Belastungen oder psychiatrische Symptome zeigen, werden zur Einzeltherapie an geeignete Stellen (Hemayat, die Boje) weiterverwiesen.

### **Begleitende Elternarbeit**

Ergänzend zur Arbeit mit den Kindern werden zwei Sitzungen für Eltern angeboten, um ihnen die Inhalte des Programms zu vermitteln und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie ihre Kinder unterstützen können. In den Elterngesprächen wird deutlich, dass viele Mütter und Väter selbst an Traumafolgen leiden, oft unter hohem Stress des „Ankommens“ stehen und auch unterschätzen, wie viel ihre Kinder noch über den Krieg und die Flucht nachdenken. Auch ist das Stigma von „psychischen“ Belastungen groß. (Ein häufiger Einwand von Eltern lautet: „Mein Kind ist doch nicht krank!“)

### **Unterstützung für Pädagog\_innen**

Je nach Möglichkeit und Interesse der Schulen wird den Pädagog\_innen ein

### **Sprach- und kulturkompetente Trainer\_innen**

Ein zentraler Bestandteil des Konzepts sind die muttersprachlichen Trainer\_innen, die ohne viele Erklärungen verstehen können, aus welchen Lebenswelten die Teilnehmenden kommen, was sie erlebt und welche Ressourcen sie haben. Dieser Aspekt ist vor allem auch in der Elternarbeit wesentlich. Die Trainer\_innen sind Multiplikator\_innen, die über ihre unmittelbare Arbeit hinaus auch zur Enttabuisierung von psychischen Problemen in ihrem sozialen Umfeld beitragen. Sie geben auch wichtige Inputs zur kultursensiblen Gestaltung und Kommunikation des Angebots. Die Ausbildung der Trainer\_innen (das Sprachangebot reicht von Arabisch, Dari, Farsi, Türkisch, Kurdisch über Somali bis Tschetschenisch) erfolgt durch Trauma-Expert\_innen in dreitägigen Basis-Workshops. Durch Fortbildungen und Supervisionen wird das fachliche Knowhow regelmäßig verbessert und aktualisiert.

### **Aktuelle Projekte**

Bisher wurde das TRT-Programm schwerpunktmäßig in Neuen Mittelschulen in Wien zum Einsatz gebracht. Der Vorteil liegt darin, dass im Rahmen des Unterrichts Verbindlichkeit und Kontinuität eher gewährleistet werden können als bei Angeboten außerhalb eines institutio-



nellen Rahmens. Kinder und Jugendliche nachmittags regelmäßig außerhalb der Schule zu Sitzungen zu bringen, stellt für viele Eltern oder Betreuer\_innen eine beträchtliche Hürde dar. (Aufsuchende Angebote haben größere Chancen auf Erfolg.)

Im schulischen Rahmen hängt das Gelingen in hohem Maße von der Motivation und Kooperation des Lehrpersonals ab. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der Großteil der Pädagog\_innen hochmotiviert und engagiert war.

Das Programm wurde auch in Wohnrichtungen für Geflüchtete angeboten. Die regelmäßige Teilnahme (im Speziellen für unbegleitete Minderjährige) war hier allerdings schwierig.

In modifizierter Form kommen die Programminhalte auch für Erwachsene im Rahmen von Gesundheitskreisen zum Einsatz.

Dazu ein paar Zahlen: Seit Juni 2017 haben 218 Kinder und Jugendliche zwischen acht und 18 Jahren am TRT-Programm teilgenommen. Der Großteil kam aus Syrien, Afghanistan und Irak. 33 Gruppen fanden statt, 26 davon an Wiener Schulen und Bildungseinrichtungen. 66 Erwachsene nahmen an Gesundheitskreisen teil.

### Es gibt noch viel zu tun

Obwohl es derzeit unterschiedlichste Unterstützungsangebote im Zusammenhang mit Traumabewältigung gibt – pädagogischer, beratender, therapeutischer Art – so kann einerseits der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden. Wartezeiten von bis zu einem Jahr für einen Therapieplatz sind keine Seltenheit und für die Bewältigung akuter Problematik eigentlich unzumutbar. Andererseits gibt es meist eine große



Hemmschwelle, höherschwellige Maßnahmen wie Psychotherapie oder ärztliche psychiatrische Hilfestellung in Anspruch zu nehmen.

Aktuell und für die nächsten Jahre bietet die Pflichtschulzeit der zwischen 2012 und 2017 nach Österreich geflüchteten Kinder und Jugendlichen ein einmaliges Zeitfenster, um die vielen Betroffenen im Setting Schule zu erreichen.

Mit den Ergebnissen der laufenden Evaluierung hofft AFYA, Akteur\_innen im Gesundheits- und Integrationsbereich überzeugen zu können, dass es vermehrt innovative Konzepte zur niederschweligen psychischen Gesundheitsförderung braucht.

AFYA hat mit dem Programm wertvolle Erfahrungen in Wien gesammelt und ist derzeit auf der Suche nach Partnerorganisationen für eine Ausweitung in die Bundesländer.

Aktuell wird ein Großteil der Projektarbeit vom Nationalen Aktionsplan für Integration (BMEIA) und dem Fonds Gesundheit Österreich finanziert. Eine kleinere Förderung des Projektes CORE/Fonds Soziales Wien ermöglicht Angebote auch für Asylwerber\_innen.

Im schulischen Rahmen hängt das Gelingen in hohem Maße von der Motivation und Kooperation des Lehrpersonals ab.

# Wo und wie finden Flüchtlinge Arbeit?

**Das war die wichtigste Fragestellung einer aktuellen Studie.**

**Gefragt wurde aber auch, wie sich Geflüchtete in ihrem Arbeitsumfeld zurechtfinden und warum manche sich schwertun, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.**

*Mit Studienautorin Renate Ortlieb sprach Herbert Langthaler.*

**asyl aktuell:** Wann wurden die Daten für den jetzigen Bericht zum Arbeitsmarktzugang erhoben?

**Prof.<sup>in</sup> Renate Ortlieb:** Die Daten vom letzten Jahr wurden Anfang 2018 erhoben und der jetzige Bericht basiert auf Daten von 2019. Beides fand in Kooperation mit dem International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) und dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) statt.

**aa:** Und die Fallstudien zu Arbeitsmarktintegration sind auch aus diesem Jahr?

**RO:** Auch die Fallstudien haben an zwei Zeitpunkten stattgefunden, im vergangenen und im aktuellen Jahr. Wir haben acht Geflüchtete (insgesamt haben wir weitaus mehr Personen interviewt) und jeweils Vorgesetzte, Kolleg\_innen, manchmal Mitarbeiter\_innen der Personalabteilung, Geschäftsführer\_innen, Mentor\_innen oder sonstige Expert\_innen interviewt. So können wir verfolgen, wie sich die Situation am Arbeitsplatz innerhalb von diesem Jahr verändert hat. Das ist sehr interessant, da es einen engen Blick auf das Geschehen direkt am Arbeitsplatz ermöglicht.

**aa:** Die Untersuchung geht also wesentlich in die Tiefe. Gibt es in diesen qualitativen Fallstudien einen Bereich, sozusagen ein Stratum, wo Dinge vorkommen oder zutage kommen, die in der schriftlichen Befragung gar nicht vorkommen?

**RO:** Ich würde sagen ja, weil die schriftliche Befragung noch stärker darauf abzielte, herauszufinden, wie die Geflüchteten überhaupt einen Arbeitsplatz finden. Die Arbeitsbedingungen, das heißt, wie Geflüchtete ihre Qualifikationen nutzen und wie viel sie verdienen, sind nur recht grob abgefragt. Bei den Fallstudien sehen wir genauer, wie das soziale Umfeld am Arbeitsplatz mit den Geflüchteten umgeht und wie es den Geflüchteten persönlich, sozial und rechtlich am Arbeitsplatz ergeht.

**aa:** Mir ist aufgefallen, dass bei dem Fokusgruppeninterview mit den Frauen die Rassismuserfahrungen ein zentrales Thema darstellen. Konnten Sie dies auch in den Fallstudien erkennen?

**RO:** Man kann die beiden schlecht vergleichen, da die Frauen in den Fokusgruppen ohne Arbeitsplatz waren, und in unseren Fallstudien sind es Frauen und Männer mit



Arbeitsplatz. Das heißt, die Frauen aus den Fallstudien haben natürlich die allererste Hürde erfolgreich genommen und sind schon mal nicht an Rassismus gescheitert, um in ein Unternehmen hineinzukommen. Was das betrifft geht es Geflüchteten in den Unternehmen, die wir in unserer Studie untersucht haben, sehr gut. Die Befragten in den Unternehmen berichteten, dass sie alles in allem gute Erfahrungen mit Geflüchteten gemacht haben. Ein Vorgesetzter ist selbst Flüchtling aus Bosnien gewesen. Es ist dann eher so, dass beispielsweise der Geschäftsführer eines Restaurants auf dem Land berichtet, dass die Gäste anfangs Vorbehalte hatten und er mit den Gästen reden musste, damit sie den Geflüchteten akzeptieren. Auch bei einem anderen Geflüchteten, der in einem Supermarkt auf dem Land in der Steiermark arbeitet, hatte die Geschäftsführerin den Eindruck, dass manche Leute aus der Region extra zum Schauen gekommen sind: „Aha, da arbeitet jetzt der Flüchtling. Jetzt schauen wir uns den mal an.“ Er selber sagt dann auch im Interview, die Kund\_innen hätten am Anfang schon auch Vorbehalte gehabt. Die haben gedacht,

was ist das für einer und ist der jetzt kriminell und sowas? Dann haben sie aber gemerkt, dass er sehr toll ist und jetzt seien sie alle total nett zu ihm. Er spricht jetzt auch ein bisschen Steirisch. Dort finden wir eine sehr gute Welt vor, die eigentlich eher geprägt davon ist, dass das soziale Umfeld, also Vorgesetzte und Kolleg\_innen, sich sehr stark für die Geflüchteten einsetzt.

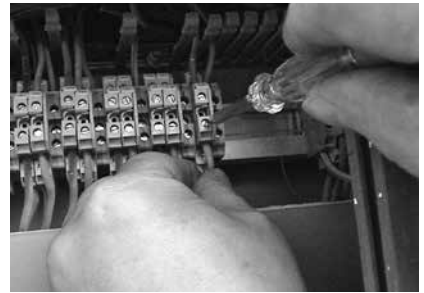
**aa:** Wie wurde das Sample für die Fallstudien zusammengestellt?

**RO:** Wir haben mit einer Unterkunft für unbegleitete Minderjährige, die die Geflüchteten auch für die Lehre „fitgemacht“ haben, kooperiert. Sie hatten auch gute Kontakte und haben diese dann zum Teil vermittelt. Hier in Graz kannte eine unserer Projektmitarbeiter\_innen, die selbst aus Syrien ist und vorher bei Jugend am Werk gearbeitet hat, jemanden. Auch eine Supermarktkette haben wir über persönliche Kontakte gefunden. Es waren also verschiedene Zugänge.

**aa:** Gibt es bei den Fallstudien Unterschiede zwischen Stadt und Land?

**RO:** Leider haben wir nicht so viele Fälle, dass man das so richtig vergleichen kann.

Univ.-Prof.in Dr.in Renate Ortlieb ist seit 2009 Professorin für Personal und Leiterin des Instituts für Personalpolitik an der Karl-Franzens-Universität Graz. Sie hat an der TU Berlin Betriebswirtschaftslehre studiert und 2009 an der FU Berlin habilitiert.



Wir haben bei unserem Vorgehen eher nach Gemeinsamkeiten gesucht, da man die Unterschiede auch auf andere Sachen zurückführen könnte. Aber wir sehen zum Beispiel schon das Übliche, dass die Geflüchteten in der Stadt es gewöhnt sind, in einer etwas „raueren“ Umgebung zurechtzukommen. Einer hat trotzdem ein sehr enges Verhältnis zu seiner Patin. Auf dem Land war es häufig der Fall, dass die Geflüchteten von Pat\_innen und Kolleg\_innen so richtig unter die Fittiche genommen wurden. In der Stadt haben sie wiederum den Vorteil, dass sie leichter andere Menschen aus ihren Communitys treffen. Bei unserem Sample ist der Unterschied speziell bezüglich der Arbeitsplätze nicht so groß. Wir wissen jedoch aus der Forschung, dass es auf dem Land viel einfacher ist, überhaupt eine Arbeit zu finden.

**aa:** Gibt es bei den Fallstudien Unterschiede zwischen Männern und Frauen?

**RO:** Diesbezüglich haben wir leider eine Verzerrung, da wir durch die Demografie der Geflüchteten sehr viele junge Männer, auch UMF, die ihre Lehrausbildung machen, in unserer Stichprobe haben. Von zwei Frauen, über die wir auch mehr Informationen haben, ist nur eine in dem Ergebnisbericht vertreten. Sie ist auch nicht aus der 2015er-Kohorte, sondern sie ist schon länger in Österreich und macht keine Lehre, sondern fing an in der Pflege

zu arbeiten. Sie ist zudem schon etwas älter und hat sich schwergetan, Deutsch zu lernen. Das heißt, bei ihr ist recht vieles anders als bei den jungen Männern in unserer Stichprobe. Junge Frauen, die auch eine Lehre gemacht haben, fehlen uns. Die wollen wir noch interviewen.

**aa:** Bei der schriftlichen Erhebung geht es ja hauptsächlich um die Wege, auf den Arbeitsmarkt zu gelangen. Was sind hier die wichtigsten Ergebnisse? Wie finden Flüchtlinge eine Arbeit? Hat sich etwas verändert im Jahresvergleich?

**RO:** Wir haben vor allem den Zusammenhang zwischen dem Weg einer Arbeitssuche (und dem Finden einer Arbeit) und der Art und Qualität der Arbeitstätigkeit untersucht. Das Arbeitsmarktservice (AMS) spielt nach wie vor eine enorm große Rolle. Auch wir haben die Personen für die Teilnahme an unserer Befragung über das AMS gefunden. Personen, die komplett alleine agieren und keine Unterstützung beziehen, sind für uns schwer erreichbar gewesen. Die meisten Personen suchen und finden über das AMS einen Arbeitsplatz, gleichauf mit sozialen Netzwerken. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich verändert, dass Geflüchtete häufiger ihren Arbeitsplatz durch Netzwerke mit anderen Geflüchteten finden. Früher waren Netzwerke mit Österreicherinnen und Österreichern wichtiger. Das hat sich etwas verschoben. Die Geflüchteten vermit-



tellen allerdings Arbeitsplätze mit geringerer Qualität als Österreicher\_innen.

**aa:** Gibt es branchenmäßige Korrelationen?

**RO:** Wir schauen vor allem auf ethnische Nischen im Arbeitsmarkt. Wir haben uns die Branchen zwar angeschaut, jedoch war uns noch wichtiger, ob der konkrete Arbeitsplatz ein typischer Migrant\_innenarbeitsplatz ist. Denn in jeder Branche kann man am höheren oder niedrigeren Ende arbeiten, und es ist tatsächlich so, dass die Geflüchteten-Netzwerke andere Geflüchtete in ethnische Nischen vermitteln. Das Item lautete: „Meine Arbeit ist typisch für Migrant\_innen. Österreicher\_innen machen solche Arbeit nicht.“ Ansonsten ist es von den Branchen her relativ gemischt.

**aa:** Mich hat überrascht, dass die sozialen Berufe und die Pflege an der Spitze der Beschäftigungsfelder liegen, da man dort doch häufig eine gewisse Ausbildung braucht.

**RO:** Leider haben wir das noch nicht im Detail ausgezählt. Vermutlich arbeiten die meisten bei der Caritas oder bei anderen Organisationen in der Flüchtlingsbetreuung und -beratung. Das heißt, wahrscheinlich arbeiten deutlich weniger im Gesundheits- und mehr im Sozialbereich – also dort, wo sprachliche und kulturelle Kompetenz gefragt ist. Es ist trotzdem erstaunlich, dass die Beschäftigungen so breit gestreut sind. Aus dem Alltag und den

Medien gewinnt man leicht den Eindruck, dass Geflüchtete nur Teller waschen im Restaurant oder im Supermarkt arbeiten.

**aa:** Glauben Sie, dass Projekte wie Jobbörsen, Patenschaften, Mentor\_innenschaften etc. eine nennenswerte Auswirkung haben?

**RO:** Ja. Geflüchtete werden von Arbeitgeber\_innen nicht wie andere Bewerber\_innen gesehen. Arbeitgeber\_innen machen sich Gedanken über mögliche Probleme mit der deutschen Sprache oder darüber, dass sie sich besonders kümmern müssen, wenn sie Geflüchtete einstellen. Andererseits bekommen Arbeitgeber\_innen auch viel zurück, wie sich in unseren Fallstudien zeigte, da die Geflüchteten besonders motiviert, wissbegierig und höflich sind. Die Projekte helfen, dass Arbeitgeber\_innen überzeugt werden können, diesen Geflüchteten eine Chance zu geben. Wir hatten ja das Glück, dass so viele Unternehmen händeringend Lehrlinge gesucht haben. Das kann allerdings auch mal ganz anders sein, dann ist es für die Geflüchteten noch schwieriger, einen passenden Arbeitsplatz zu finden. Bei Lehrlingen kommt noch der Aspekt der Schule dazu, sodass manche Betriebe sagen: „Schade, für mich wäre er gut genug, aber vielleicht schafft er die Schule nicht.“ In diesem Fall ist es super, wenn es eine Nachhilfegruppe oder ähnliches gibt, da es sonst für die Arbeitgeber\_innen ein größeres Risiko

Die Projekte helfen, dass Arbeitgeber\_innen überzeugt werden können, diesen Geflüchteten eine Chance zu geben.

darstellt, Geflüchtete als Lehrlinge einzustellen – abgesehen von der Ungewissheit, wie Asylverfahren ausgehen.

**aa:** Hatten Sie in dem Sample auch Leute, die schon im Asylverfahren begonnen haben zu arbeiten?

**RO:** Ja, ungefähr die Hälfte der Geflüchteten in unseren Fallstudien sind Asylwerber. Einen davon konnten wir in der zweiten Runde nicht mehr interviewen, da er mittlerweile untergetaucht ist. Bei der zweiten Befragungsrunde sieht man außerdem, dass die negativen Bescheide eine sehr starke Belastung darstellen.

**aa:** Findet man bei den Fallstudien Anzeichen, dass diese Belastung und Unsicherheit, ob man bleiben kann, die Personen bei der Arbeit beeinträchtigen?

**RO:** Ja, wir haben tatsächlich verschiedene Varianten in unserer Stichprobe. Wir haben den Geflüchteten, der das alles für sich behält und seine Sorgen sowie Ängste in sich hineinfrisst und dessen Arbeitsumfeld nichts von seiner aktuellen Situation und seinen Problemen weiß. Auf der anderen Seite haben wir jene Fälle, gerade auch in kleineren Teams und Betrieben, bei denen die Geflüchteten das erzählen und sagen, wenn sie etwas brauchen. Die Betriebe helfen dann, Briefe von Behörden zu verstehen, sie wenden sich an Medien, organisieren Anwälte\_innen, begleiten die Geflüchteten zu Terminen und setzen sich für sie ein. Die Arbeitgeber\_innen, vor allem Familienbetriebe, sind dann sehr betroffen und es ist die Frage, wie man mit dem auch emotionalen Verlust und der Verärgerung auf Staat, Politik und Behörden umgeht.

**aa:** Was sind die größten Hindernisse am Arbeitsmarkt?

**RO:** Unsere schriftliche Befragung zeigt, dass Berufserfahrung und Deutschkenntnisse aus Sicht der Geflüchteten die stärksten Hindernisse sind. Diskriminierung hingegen spielt nicht so eine wichtige Rolle. Ich vermute, basierend auf den Ergebnissen aus unseren Fallstudien, unterschätzen die Geflüchteten die fehlenden Deutschkenntnisse als Hindernis. Die angegebenen 35 Prozent sind recht wenig. Aus der Sicht der Arbeitgeber\_innen ist das ein viel gewichtigerer Punkt. Mangelnde Berufserfahrung, Qualifikation und Anerkennung sind natürlich auch Probleme. Aber die Sprache ist noch wichtiger. Die Arbeitgeber\_innen, mit denen wir Interviews geführt haben, sind üblicherweise bereit, auf bestimmte Kompetenzen kurzfristig zu verzichten. Dies betrifft vor allem die Deutschkenntnisse. Längerfristig ist dies aber anders: Das Deutsch muss sich wenigstens innerhalb der ersten Monate deutlich verbessern.

**aa:** Das ist interessant, denn bei der letzten großen Fluchtbewegung aus Jugoslawien war das sicher nicht das Problem. Damals gab es wahrscheinlich viel mehr Arbeitsplätze, bei denen die Sprache nicht so eine Rolle gespielt hat.

**RO:** Ja, ich kann mich auch an Handwerker aus Jugoslawien erinnern, bei denen das geklappt hat. Jetzt haben Betriebe aber Schwierigkeiten, Handwerker ohne Sprachkompetenz einzustellen. Manchmal geht es darum, dass die/der Geflüchtete nicht verstehen könnte, was die/der Kundin/Kunde sagt. Das Ganze ist aber diffus, es ist unklar, worauf es wirklich ankommt.

**aa:** Ich würde vermuten, dass das auch was mit dem Diskurs zu tun hat. Vor 25 Jahren war klar, dass die Gastarbeiter\_innen nicht so gut Deutsch können. Bessere Sprach-

interview

kenntnisse und dadurch bessere Karriere-möglichkeiten waren damals kein Thema.

**RO:** Vielleicht ist das genau der Punkt. In unseren Fallstudien geht es ja um Arbeitsplätze mit höheren Anforderungen, also um das Segment mit mittleren Qualifikationen. Größere Industriebetriebe haben oftmals Arbeitsplätze, für die Deutschkenntnisse weniger wichtig sind. Die Mitarbeiter\_innen müssen eben insbesondere die Sicherheitsanweisungen verstehen, doch dafür gibt es schon extra Bildersysteme und Faltblätter mit den wichtigsten Verhaltensregeln. Das untere Segment ist für uns im Bereich der Lehrlingsausbildung jedoch nicht relevant.

**aa:** Die Damen der Fokusgruppe erwähnen Probleme, die auf das Tragen des Kopftuches zurückzuführen sind. Gibt es dahingehend Anhaltspunkte aus den anderen Studien bzw. Forschungen, dass Frauen hiermit ein spezielles Problem haben?

**RO:** In unseren Fallstudien wurde das so gut wie gar nicht erwähnt, weil es größtenteils um geflüchtete Männer ging. Die Frauen, über die wir auch in unserem Ergebnisbericht schreiben, und eine weitere Frau in unserer erweiterten Stichprobe tragen kein Kopftuch. In einer Situation wurde aber darüber gesprochen, dass es jetzt auch Kopftücher als Teil der Arbeitskleidung im Handel gibt. Es ist ein komplexes Thema. Kein\_e Arbeitgeber\_in sagt, dass das Kopftuch absolut nicht geht. Es wird jedoch in Bezug auf Arbeitssicherheit, zum Beispiel bei Fließbandarbeit, erwähnt. Im Supermarkt sowie in der Gastronomie taucht immer wieder das Thema Schweinefleisch auf und, dass es den muslimischen Geflüchteten unangenehm sei, damit zu arbeiten, aber sie es eben machen würden. Von der Arbeitgeber\_innenseite wird das Thema nicht groß thematisiert, meistens

kommen sie damit zurecht.

Schwierig ist das Thema Ramadan. In einem der von uns untersuchten Fälle fand die Geschäftsführerin, dass das Fasten zu ungesund sei, da der Geflüchtete hart arbeitet. Sie brachte daraufhin einen anderen Syrer dazu, den Geflüchteten zu überzeugen, dass er mit dem Fasten aufhört. Ein anderes Fall-Unternehmen konnte seine Schichtpläne so gestalten, dass die Fastenden vor allem für Spätschichten eingeteilt wurden.

**aa:** In welchen Bereichen muss noch konkreter nachgeforscht werden?

**RO:** Wir müssen die Frauen intensiver begleiten, zum Beispiel zu Vorstellungsgesprächen mitgehen. Eventuell auch einen Tag mit und einen Tag ohne Kopftuch, um zu schauen, was genau passiert. Es ist nicht einfach zu erkennen, welche Erfahrungen der Frauen am Arbeitsmarkt tatsächlich etwas mit dem Kopftuch zu tun haben, und welche andere Faktoren noch eine Rolle spielen. Das Thema ist wie gesagt äußerst komplex.

*Transkription: Verena Horrmann*

Wie finden Geflüchtete in Österreich einen Arbeitsplatz und welche Art von Arbeitsplatz finden sie? Zweiter Ergebnisbericht einer schriftlichen Befragung von Geflüchteten, ergänzt um eine Befragung via Social Media und Gruppendiskussionen mit geflüchteten Frauen im Rahmen des Forschungsprojekts *LAMIRA* (Labour Market Integration of Refugees in Austria).

Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Wie gestaltet sich die Integration in Betrieben im Zeitverlauf und wie können Betriebe die Integration fördern? Zweiter Ergebnisbericht von Interviews und Fallstudien im Rahmen der Forschungsprojekte *LAMIRA* (Labour Market Integration of Refugees in Austria) und *INREST* (Integration of Refugees in Styrian Companies).



## Hoffnung und Angst in einem zerrissenen Land

**2015/16 kamen an die 16.000 Flüchtlinge aus dem Irak nach Österreich. Die Anerkennungsraten waren je nach Herkunftsregion unterschiedlich. Zumindest ein Drittel der Antragsteller\_innen erhielt internationalen Schutz. Mit den Unruhen in Bagdad und in südirakischen Städten droht nun allerdings eine weitere Destabilisierung des Landes. Wie stellt sich heute nach dem (vorläufigen) Ende von Daesh/IS die Sicherheitslage im Irak dar?**

*Von Thomas Schmidinger*

Der Irak ist auch nach dem Ende des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) als Para-Staat (nicht aber als politische und militärische Organisation) kein einheitlich regierter Staat, in dem überall dieselbe Sicherheitslage für alle herrschen würde. Vielmehr herrschte im Irak von 2017 bis zum Herbst 2019 ein extrem fragiles Gleichgewicht unterschiedlicher militärischer und politischer Kräfte, deren Pattstellung zwar in Teilen des Landes einen gewissen Pluralismus und Ansätze für eine demokratische Entwicklung ermöglicht. Zugleich besteht allerdings die Gefahr, dass dieses Gleichgewicht jederzeit wieder in größere militärische Auseinandersetzungen kippt. Eine Gefahr, die durch die jüngsten Proteste in Bagdad sowie im Südirak und die brutalen Versuche, diese niederzuschlagen, weiter wächst.

### **Komplexe Machtstrukturen**

Besonders problematisch ist dabei die Tatsache, dass viele der politischen und



militärischen Akteure des Irak mit rivalisierenden internationalen Kräften verbunden sind, was im Falle einer Eskalation der Machtkämpfe in der Region auch innerhalb des Irak zu einer gefährlichen Zuspitzung der Konflikte führen wird. So sind Teile der schiitischen Volksmobilisierungseinheiten (PMUs), die 2014 zur Bekämpfung des IS gegründet wurden, militärisch, finanziell und politisch vom Iran abhängig. Der Iran nützt diese pro-iranischen PMUs auch zur politischen Einflussnahme, wogegen sich die aktuelle Protestbewegung im Südirak wendet. Andere PMUs sind wieder von Saudi-Arabien, den USA oder lokalen irakischen Akteuren mit Distanz zum Iran, wie dem schiitischen Geistlichen Muqtada al-Sadr, abhängig. Die von der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) unter der Familie Barzani kontrollierten Peshmerga im Norden des Landes unterhalten enge Beziehungen zur Türkei, während die ebenfalls in Kurdistan aktiven Kämpfer\_innen der PKK und ihrer Verbündeten die türkischen Staatsfeinde Nummer eins sind und die mit der PDK rivalisierende PUK, die ebenfalls über eigene Peshmerga-Verbände verfügt, über lange historische Beziehungen zum Iran verfügt. Sunnitische-arabische Akteure werden teilweise weiterhin von Saudi-Arabien und Qatar gesponsort. Sunnitische turkmenische Parteien und Milizen werden von der Türkei, schiitische turkmenische Milizen hingegen vom Iran unterstützt.

Die US-Politik in der Region, die traditionell pro-israelisch und pro-saudisch ausgerichtet ist, trägt mit dazu bei, dass sich der große saudisch-iranische Konflikt damit auch auf innenpolitischer Ebene auswirkt.

Insbesondere seit dem israelischen Luftangriff auf pro-iranische schiitische Volksmobilisierungseinheiten am 20. Au-

gust 2019 haben Spannungen zwischen pro-amerikanischen und pro-saudischen Gruppen einerseits und pro-iranischen Gruppen andererseits massiv zugenommen. In Bagdad tauchen seit Anfang September vermehrt anti-israelische und anti-amerikanische Plakate auf, die an die Propagandaplakate im Iran erinnern. Pro-

## Sunnitische arabische Akteure werden weiterhin von Saudi-Arabien und Qatar gesponsort.

iranische Medien beschuldigten zeitgleich die Regionalregierung Kurdistans israelische Militärs in Kurdistan zu dulden, was von der Regionalregierung Kurdistans umgehend dementiert wurde. Obwohl der Iran selbst den israelischen Angriff kaum skandalisierte, wird das Verhältnis zu Israel bzw. der Vorwurf, mit den Israelis zu kollaborieren, nun wieder zunehmend innenpolitisch in Stellung gebracht.

### Proteste und Unruhen

Diese Rahmenbedingungen führen dazu, dass auch kleinere politische Auseinandersetzungen schnell eskalieren können. Die jüngsten Proteste und Unruhen in Bagdad begannen mit der Absetzung von Abd al-Wahab al-Saadi, Vizekommandant der irakischen Antiterrorereinheiten, der sich im Kampf gegen den IS bewährt hatte und als Kritiker der weit verbreiteten Korruption beliebt war. Es deutet einiges darauf hin, dass dies auf Zuruf des Iran geschehen sein dürfte, dem al-Saadi zu unabhängig war und zu sehr für einen eigenständigen Irak stand. Die genauen Hintergründe der

Die Konfliktlinien der aktuellen Proteste verlaufen nicht entlang konfessioneller Linien. Auf beiden Seiten stehen in Bagdad Schiiten und Sunniten.



Degradierung Saadis sind allerdings bis heute nicht bekannt. Als interner Korruptionsbekämpfer soll er es sich mit einer Reihe anderer hoher Militärs angelegt haben. Saadi gilt jedenfalls auch als eher irakisch-nationalistisch und als Vertreter jener Kräfte innerhalb der Armee, die den Einfluss des Iran zurückdrängen und die Volksmobilisierungseinheiten stärker unter staatliche Kontrolle stellen wollen.

Die Proteste richteten sich deshalb auch nicht nur gegen seine Absetzung, sondern rasch gegen die Korruption der gesamten politischen Klasse und immer mehr Rufe nach dem „Sturz des Systems“ wurden lauter. Die Konfliktlinien der aktuellen Proteste verlaufen nicht entlang konfessioneller Linien. Auf beiden Seiten stehen in Bagdad Schiiten und Sunniten. Bei den Protesten, die am 1. Oktober mit einer kleinen Demonstration begannen und am Nachmittag zu einer Massendemonstration anwuchs, ging es rasch um weit mehr als um den entlassenen General und den iranischen Einfluss. Rasch stand die Korruption der gesamten politischen Klasse und der Zorn über Arbeitslosigkeit und schlechte Infrastruktur im Mittelpunkt. Angegriffen wurden von den meist jungen und meist

männlichen Demonstranten verschiedenste Symbole des politischen Systems. Am 3. Oktober verhängte die Regierung eine Ausgangssperre, die sich allerdings als nicht durchsetzbar erwies. Das Internet wurde abgedreht und in den folgenden Tagen kam es beim Versuch der Niederschlagung der Proteste zu über 60 Toten.

Besonders beunruhigend ist dabei, dass immer mehr bewaffnete Milizen ohne klare Abzeichen und Uniformen auftauchten und durch Stadtviertel von Bagdad zogen, um Demonstranten zu töten. Es gehen Gerüchte umher, dass es sich dabei teilweise gar nicht um Iraker, sondern um iranische Kämpfer handelt. Zumindest in einem Fall wurde ein Schütze von Demonstranten festgehalten, der sich als Iraner erwies.

Die Protestbewegung wird durch die Gewalt derzeit eher befeuert als eingedämmt und es ist keineswegs absehbar, wie diese ausgehen wird und von welchen Gruppen das damit einhergehende Machtvakuum wiederum genutzt werden könnte.

### **Fragile Sicherheit**

Angesichts dieser Situation kann jeder Versuch, die Sicherheitslage im Irak zu beschreiben, nur als Momentaufnahme

herkunftsland irak

gesehen werden, deren Fortdauer nicht nur von den Iraker\_innen selbst, sondern auch von den Nachbarstaaten, Regional- und Hegemonialmächten abhängt. Jede Eskalation zwischen Israel, den USA und Saudi-Arabien auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite, bedeutet für den instabilen Irak, dass sich auch diesbezüglich jederzeit alles ändern kann.

Derzeit ist die Sicherheitslage v.a. in jenen Gebieten relativ gut, in denen es klare Herrschaftsverhältnisse, also eine eindeutige Dominanz eines politisch-militärischen Akteurs gibt. Dies ist in Teilen Kurdistans der Fall, die von der PDK mit ihren Peshmerga kontrolliert werden, ebenso in jenen Teilen Kurdistans, die unter der

Kontrolle der PUK-Kämpfer\_innen stehen. Relativ sicher sind allerdings auch die schiitisch dominierten Städte südlich von Bagdad, insbesondere die heiligen Städte Najaf und Kerbala, in denen weniger die Milizen als die schiitische Geistlichkeit das Sagen hat. Bagdad selbst ist, bis auf sehr viel seltener gewordene Anschläge, auch relativ ruhig.

Schwierig ist die Lage allerdings in Basra, den sunnitisch-arabischen Gebieten, in Sinjar und in den zwischen der Zentralregierung und der Regionalregierung Kurdistans umstrittenen Regionen, sowie in den kurdischen Grenzregionen im Norden, in denen die Türkei mittlerweile als Besatzungsmacht auftritt und – offiziell zur Bekämpfung der Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – ländliche Regionen bombardiert. Dabei werden immer wieder Dörfer und Bauern getroffen. Die stille Kollaboration der PDK, die zumindest nichts gegen die türkischen Militärinterventionen unternimmt, erhöht dabei auch die innerkurdischen Spannungen und führte in den letzten Monaten immer wieder zu Protesten in ländlichen Gebieten der Provinz Dohuk.

### Unruhiger Süden

In Basra, im Süden des Irak, stehen sich verschiedene schiitische Milizen gegenüber, die teilweise mit dem Iran bzw. unterschiedlichen Fraktionen im Iran verbunden sind oder stärker irakisch-nationalistisch ausgerichtet sind. Basra hatte im Kampf gegen den IS einen besonders hohen Blutzoll zu bezahlen. Aus keiner Stadt hatten sich mehr junge Männer den Volksmobilisierungseinheiten angeschlossen. Nicht nur politische Überzeugung dürfte dabei eine Rolle gespielt haben, sondern auch die Tatsache, dass die einst stolze und wohlhabende Hafenstadt heute zu den am stärksten verelendeten Städten des Landes zählt und eine selbst für irakische Verhältnisse extrem hohe Arbeitslosigkeit aufzuweisen hat. Kaum irgendwo versickern mehr Gelder, die eigentlich für den Wiederaufbau der Stadt und der öffentlichen Infrastruktur gedacht wären, in den Taschen korrupter Eliten.



Zur Unsicherheit in Sinjar trägt die Präsenz rivalisierender jesidischer und schiitischer Milizen in der Region bei, die sich die Region nach dem Sieg über den IS aufgeteilt haben.



Am 3. Oktober verhängte die Regierung eine Ausgangssperre, die sich allerdings als nicht durchsetzbar erwies.

Hier spielten die Volksmobilisierungseinheiten eine wichtige Rolle als Arbeitgeber und Möglichkeit, sich selbst zu bereichern und hier nützen sie auch die nahe Grenze zum Iran für ihre eigenen Schmuggelgeschäfte. Es gilt in Basra als offenes Geheimnis, dass die Grenze hier nicht überall von der irakischen Armee kontrolliert wird und Milizen und Netzwerke iranischer Politiker systematisch groß angelegten Schmuggel mit Waren aller Art betreiben. Kaum eine Ware, die in Basra gehandelt wird, wurde jemals besteuert.

## Die zweite Problemzone ist Mosul und die sunnitisch-arabischen Region südlich von Mosul.

Fast alles kommt aus dem Iran. Bei den Rivalitäten verschiedener Milizen, die immer wieder in kleineren Scharmützeln ausgetragen werden, geht es meist weniger um Politik als um geschäftliche Rivalitäten.

Seit Beginn der aktuellen Proteste Anfang Oktober ist die Situation in vielen südirakischen Städten völlig außer Kontrolle geraten. Einige Städte werden derzeit de facto von den Demonstrant\_innen über-

nommen, andere von verschiedenen Milizen kontrolliert.

### IS weiter gefährlich

Die zweite Problemzone ist Mosul und die sunnitisch-arabischen Städte und Regionen südlich von Mosul. Hier hatte der IS seine Hochburgen und hier gibt es immer noch relativ viele IS-Sympathisant\_innen und Untergrundstrukturen der Organisation. Je schleppender der Wiederaufbau der im Krieg gegen den IS zerstörten Städte vorangeht, desto sichtbarer werden auch wieder diese Sympathien. Zudem könnte der IS ein Machtvakuum in Bagdad und einen türkischen Einmarsch im benachbarten syrischen Kurdengebiet nutzen, um sich wieder zu regenerieren. Bei einem türkischen Einmarsch in Nord- und Ostsyrien könnten tausende IS-Kämpfer freikommen. Anschläge des IS sind seit einigen Monaten in dieser Region wieder häufiger geworden. Niemand weiß, wie intakt die Strukturen der Organisation wirklich noch sind, bzw. wie weit solche Anschläge noch zentral koordiniert werden oder ob es mittlerweile verschiedene Post-IS-Gruppierungen in der Region gibt. Dass es in dieser Region weiter einen jihadistischen Untergrund gibt, steht aber außer Zweifel.

Im jesidisch dominierten Sinjar ist die Situation ebenfalls besonders schwierig, weil hier rivalisierende Kräfte verschiedene jesidische Milizen unterstützen und gegeneinander ausspielen. In der Region sind jesidische und schiitische Milizen aktiv. Während die einen als Volksmobilisierungseinheiten mit der Regierung in Bagdad verbündet sind, kooperieren andere mit der PKK und wieder andere mit der PDK der Familie Barzani. Eine weitere Gruppe versucht, eigene Militäreinheiten aufzubauen und sich zwischen all diesen Kräften hindurchzumogeln. Konflikte zwi-

schen der Regionalregierung Kurdistans und Bagdad, aber auch zwischen den rivalisierenden kurdischen Parteien, werden hier auf dem Rücken der lokalen jesidischen Bevölkerung ausgetragen, die selbst extrem gespalten ist. Angesichts dieser angespannten Sicherheitslage und der anhaltenden Präsenz von Jihadisten in den Nachbarregionen konnte die Mehrheit der 2014 vertriebenen Jesid\_innen bis heute nicht zurückkehren. Die Regionalregierung Kurdistans versucht, eine Rückkehr zudem zu verhindern, seit diese nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum von 2017 das Gebiet räumen musste. Das Narrativ der Regionalregierung Kurdistans ist seither, dass nur sie die Sicherheit der Minderheiten garantieren könne. Eine Rückkehr der Überlebenden ist damit solange nicht erwünscht, solange Sinjar nicht unter Kontrolle der Regionalregierung kommt.

### Rivalitäten unter ehemals Verbündeten

Ein ähnliches Problem existiert in den anderen sogenannten „umstrittenen Gebieten“ zwischen der Niniveh-Ebene östlich von Mosul, Kirkuk und Khanaqin im Süden. Diese Gebiete kamen 2014 teilweise unter Kontrolle kurdischer Peshmerga, mussten 2017 nach dem Unabhängigkeitsreferendum aber geräumt werden. Dadurch hat sich in diesen Regionen teilweise ein Machtvakuum ergeben, das es dem IS erlaubt, sich zu rekonstituieren und in einigen Teilen der Region wieder am helllichten Tag zu zeigen. Dazu kommt in der Niniveh-Ebene die Rivalität zwischen verschiedenen christlichen Milizen und den vom Iran unterstützten Volksmobilisierungseinheiten der schiitischen Shabak<sup>1</sup>, die wie die Christ\_innen 2014 hier zum Opfer des IS wurden. In der ethnisch und religiös gemischten Region kam es seit der

Rückeroberung durch kurdische Peshmerga, die irakische Armee und christliche und schiitische Volksmobilisierungseinheiten allerdings immer wieder zu Konflikten um die künftige Aufteilung der Region, die Zugehörigkeit zu Kurdistan oder zur Provinz Mosul oder die Errichtung eigener Autonomiegebiete für aramäischsprachige Christ\_innen oder Shabak.

In der Region Kirkuk geht es vielfach um die Vorherrschaft zwischen Kurd\_innen, Turkmen\_innen und Araber\_innen, wobei die Türkei schon seit vielen Jahren die Turkmen\_innen unterstützt und die Kurd\_innen 2017 ihre 2014 erworbene Vormachtstellung wieder einbüßten. Die führte auch zur Flucht von Teilen der kurdischen Bevölkerung, insbesondere von Angehörigen der heterodoxen Religionsgemeinschaft der Kakai (Yaresan, Ahl-e Haqq), die sich von sunnitisch-turkmenischen Milizen und vom wieder erstarkten Jihadismus bedroht sehen.

Im ganzen Land bleibt es für Angehörige kleiner Religionsgemeinschaften, wie den Mandäer\_innen<sup>2</sup>, die historisch v.a. im Südirak und in Bagdad präsent waren, sowie für die letzten Jüdinnen und Juden sehr schwierig. Aber auch kritische Journalist\_innen, die sich mit jeweiligen lokalen Machthabern und Milizen anlegen, oder Homosexuelle sind in vielen Teilen des Landes starkem Druck ausgesetzt.

Zugleich gibt es aber in Bagdad auch eine gewisse Aufbruchstimmung unter jungen Iraker\_innen, die das Ende des Krieges gegen den IS nützen wollen, einen anderen Irak aufzubauen. In Bagdad gibt es wieder ein bemerkenswertes Kulturleben: Kinos, Theater, Konzerte und eine aufblühende kleine Verlagslandschaft. Diese kleinen Pflänzchen können aber bei jeder neuen politisch-militärischen Eskalation wieder vernichtet werden.

**1** Die religiöse und ethnische Zugehörigkeit der Shabak ist sehr umstritten. Sie sprechen eine mit dem Kurdischen eng verwandte iranische Sprache oder einen kurdischen Dialekt und wurden historisch immer als heterodoxe schiitische Gruppe beschrieben. Durch die Ethnisierung und Konfessionalisierung der irakischen Politik in den letzten 15 Jahren verbündeten sich allerdings viele Shabak mit größeren und mächtigeren Gruppen. Seither wird von vielen Shabak selbst davon gesprochen, dass es schiitische (d.h. pro-iranische und pro-Bagdad orientierte) und sunnitische (d.h. pro-PDK-orientierte) Shabak gäbe.

**2** Synkretische sehr alte monotheistische Religionsgemeinschaft im Südirak, die sich als Anhänger\_innen Johannes des Täufers sehen, aber auch Einflüsse gnostischer Religionsgemeinschaften haben. Die Mehrheit der Mandäer\_innen sind in den letzten 15 Jahren aus dem Irak nach Europa, Kanada, in die USA und nach Australien ausgewandert.

# Kurzmeldungen



Am 29. September fand der 2. LebensLauf statt. Wir danken allen Läufer\_innen und Sponsoren und freuen uns schon auf den 3. LebensLauf 2020.

## **Dänemark: Wiederaufnahme von Resettlement**

(ECRE) Nach einer dreijährigen Unterbrechung nimmt Dänemark nun wieder Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms mit UNHCR auf. Dies teilte Mattias Tesfaye, dänischer Minister für Einwanderung und Integration, der UN-Flüchtlingsagentur UNHCR am 11. Juli 2019 mit. Die Entscheidung beruht auf der Vereinbarung zwischen der Tesfaye-Partei, den Sozialdemokraten, und ihren drei linken Parteien, die seit den Parlamentswahlen im Juni eine Koalition bilden. Angaben zur Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge sowie zum Zeitpunkt der ersten Aufnahmen wurden noch nicht gemacht.

## **Deutschland: Sieben Monate warten auf Therapie**

(DIE LINKE) Aus der Antwort der Bundesregierung auf die „Kleine Anfrage“ der Fraktion DIE LINKE bezüglich der psychosozialen Betreuung und Behandlung von traumatisierten Geflüchteten vom 11. Juli 2019 ist ersichtlich, dass traumatisierte Geflüchtete im Jahr 2017 mehr als sieben Monate auf eine entsprechende Therapie warten mussten. Entsprechende Zahlen für 2018 sind noch nicht bekannt. Problematisch ist dabei insbesondere die fehlende institutionelle Finanzierungsgrundlage für psychosoziale Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben 87 % der in

Deutschland ankommenden Flüchtlinge entsprechende traumatische Erlebnisse zu verarbeiten und bis zu 50 % der Geflüchteten fallen in die Risikogruppe für post-traumatische Belastungsstörungen. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin von DIE LINKE, fordert die Schließung isolierter Massenlager, den Verzicht auf Abschiebungen sowie die Schaffung einer verlässlichen Bleiberechtsregelung, um die psychische Gesundheit der Geflüchteten zu verbessern.

## **Kroatien: Weiter gewaltsame Pushbacks nach Bosnien**

(ECRE, BBC, ProAsyl) Einem Bericht der BBC zufolge sollen Flüchtlinge, die über Kroatien versuchen in die EU einzureisen, von der Polizei geschlagen, ausgeraubt und illegal nach Bosnien zurückgeschoben werden. Auch wenn die gewaltsamen illegalen Pushbacks (Zurückweisungen ohne jegliches rechtsstaatliches Verfahren) bereits mehrfach dokumentiert wurden, weist die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarovi die Vorwürfe zurück. Sie „habe sich immer wieder versichert, dass die Grenzpolizist\_innen nicht zu viel Gewalt anwenden“. Aus einem anonymen Brief von Grenzpolizist\_innen hin-

gegen geht hervor, dass diese gezwungen wurden, die Flüchtlinge unmenschlich zu behandeln und illegale Aktionen durchzuführen. Bosnien kann weder als sicherer Ort angesehen werden, noch können die Behörden eine angemessene Unterstützung sicherstellen. So wurde aufgrund des Mangels an Einrichtungen ein provisorisches Zeltlager auf der ehemaligen Mülldeponie Vucjak, in deren Umgebung alte Landminen liegen, errichtet.

### **Sri Lanka: Anti-muslimische Aktion gegen Flüchtlinge**

(The New Humanitarian) Seit längerem galten die Beziehungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, die größtenteils religiösen Minderheiten aus Pakistan und Afghanistan angehören, in Sri Lanka als angespannt. Nach den Terroranschlägen im April, bei denen über 250 Menschen getötet wurden, mussten viele geflüchtete Muslime ihre Häuser in ihrer neuen Heimat in Sri Lanka verlassen. Mobs setzten die Vermieter unter Druck, die Flüchtlinge zu vertreiben. Eigentümer fürchteten zudem Vergeltungsaktionen auf ihren Grundstücken. Die Vertriebenen suchten Zuflucht in Moscheen und einer Polizeistation.

### **Ungarn: Kommission eröffnet Veruntreuungsverfahren gegen Ungarn**

(ECRE) Wegen Rechtsvorschriften, die Aktivitäten zur Unterstützung von Asylanträgen kriminalisieren und das Recht auf Asyl zunehmend

einschränken, verweist die Europäische Kommission Ungarn an den Gerichtshof der EU. Des Weiteren eröffnet die Kommission das Veruntreuungsverfahren wegen der Nichtbereitstellung von Lebensmitteln für zurückkehrende Personen, die in den ungarischen Transitzonen an der Grenze zu Serbien festgehalten werden.

### **USA: Trump-Administration reduziert Flüchtlingsaufnahme drastisch**

(POLITICO) Nach anonymen Quellen schlug ein Repräsentant der US-Staatsbürgerschafts- und Immigrations Services, der mit dem Politikberater Stephen Miller verbunden wird, vor, die in diesem Jahr bereits um ein Drittel auf 30.000 reduzierte Anzahl von Flüchtlingsaufnahmen 2020 weiter, auf nahezu Null, zu reduzieren. Beamten des Homeland Security Departments sprachen sich für eine Zahl zwischen 3.000 und 10.000 aus.

### **Kenia: Homophobe Angriffe gegen LGBT+-Flüchtlinge**

(ECRE, Reuters) Nachdem LGBT+-Flüchtlinge aus dem Kongo, Ruanda, Burundi, Tansania, Äthiopien sowie aus dem Südsudan in einem Slum in Nairobi mit homophoben Drohungen, Gewalt und Vertreibungswarnungen konfrontiert wurden, sind sie auf Notunterkünfte angewiesen. Da die Strafen für Homosexualität in afrikanischen Ländern von Inhaftierung bis zum Tod reichen, benötigen Kenias LGBT+-Flüchtlinge neben sicheren Unterkünften, ausreichenden fi-

nanziellen Mitteln sowie Papieren, vor allem eine schnelle Umsiedlung in andere Länder, die den Flüchtlingen Sicherheit und Freiheit garantieren, betonen Rechtshilfegruppen.

### **Deutschland: Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz trat am 01. August in Kraft**

(ECRE) Das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz, das am 7. Juni 2019 beschlossen worden war, enthält Änderungen bezüglich des Zugangs von Asylbewerber\_innen sowie Geduldeten zu Sprachkursen des Bundes. Des Weiteren tritt eine Änderung für Asylwerber\_innen aus Ländern mit „guter Bleibeperspektive“ (rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt ist zu erwarten) in Kraft. Zurzeit besteht diese lediglich für Staatsangehörige aus Syrien und Eritrea. Personen mit guter Bleibeperspektive haben direkten Zugang zu den Integrationskursen und Berufssprachkursen. Asylsuchende aus dem Iran, Irak und Somalia hingegen haben erst nach einer positiven Entscheidung im Asylverfahren sowie der Erteilung eines Aufenthaltstitels Zugang zu den Integrationsmaßnahmen.

### **Türkei: Geflüchtete werden in die Provinz und nach Syrien abgeschoben**

(borderline-europe) Nachdem die Türkei in den vergangenen acht Jahren rund 3,6 Millionen Syrer\_innen aufgenommen hat, nimmt die Akzeptanz in der türkischen Bevölkerung zuletzt ab. Grund dafür sind unter anderem Arbeitslosigkeit



und Wohnungsnot, die die aktuelle Wirtschaftskrise mit sich bringt. Aufgrund der hohen Anzahl an syrischen Arbeiter\_innen, die ohne offizielle Genehmigung und unter dem türkischen Mindestlohn angestellt sind, wird den syrischen Geflüchteten die Schuld an der Wirtschaftskrise gegeben. Ein türkischer Lynchmob zerstörte mit dieser Begründung syrische Geschäfte in einem Istanbuler Vorort. Zudem sollen Syrer\_innen ohne Aufenthaltsgenehmigung für die Stadt bis zum 30. Oktober 2019 in jene türkischen Provinzen abgeschoben werden, in denen sie registriert sind. Immer häufiger gelangen auch Berichte an die Öffentlichkeit, nach denen syrische Geflüchtete in Bussen zurück nach Syrien transportiert werden.

### **Bangladesch: Rohingya-Flüchtlinge erhalten Ausweisdokumente**

(UNHCR) Die Behörden in Bangladesch stellen gemeinsam mit UNHCR seit Juni 2019 Flüchtlingen ab 13 Jahren Ausweisdokumente aus. Viele von ihnen erhalten das erste

Mal in ihrem Leben Papiere. Das biometrische Identitätsmanagementsystem (BIMS) des UNHCR sammelt in diesem Zusammenhang Daten, wie Fingerabdrücke und Iris-Scans, um die Identität jedes/jeder Einzelnen sowie wichtige Informationen zu Familienbeziehungen zu sichern. Durch die Fingerabdruck- oder Iris-Scans kann zudem sichergestellt werden, dass keine Überschneidungen bei Unterstützungen entstehen oder jemand leer ausgeht. Des Weiteren können Hilfsorganisationen Mittel gezielter einsetzen und auf spezifische Bedürfnisse, z.B. von Menschen mit Behinderungen, eingehen. Auf den Ausweisdokumenten ist Myanmar als Herkunftsland vermerkt, was entscheidend ist für die Wahrung des Rechts auf Rückkehr der Rohingya-Flüchtlinge. Der Registrierungsprozess, der von regelmäßigen Informationstreffen mit Vertreter\_innen der Geflüchteten begleitet wird, soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

### **Bangladesch: Geplante Rückführung von Rohingya-Flüchtlingen nach Myanmar**

(borderline-europe, DW) Myanmar und Bangladesch vereinbarten die Rückführung von fast 3.500 Rohingya-Flüchtlingen nach Myanmar. Aufgrund von Gewalt und Verfolgung waren in den vergangenen zwei Jahren mehr als 740.000 Rohingya nach Bangladesch geflohen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk soll die geplante Rückführung nun prüfen, da bisherige Vereinbarungen aufgrund der anhaltenden Gewalt des Militärs gegenüber Minderheiten gescheitert waren und laut UN weiterhin von einem Völkermord mit inzwischen 10.000 Toten gesprochen werden muss. Geflüchtete in den Flüchtlingslagern sowie Menschenrechtler\_innen protestieren gegen die Vereinbarung. Ein Zusammenschluss von mehr als 60 Hilfsorganisationen, unter ihnen Save the Children, World Vision und die Welthungerhilfe, forderte einen freiwilligen und würdevollen Rückkehrprozess, bei dem die Flüchtlinge ein Mitspracherecht haben.

### **Jemen: Ostafrikanische Flüchtlinge gelangen nicht nach Saudi-Arabien**

(borderline-europe, Deutsche Welle) Auf der Suche nach Arbeit, Einkommen und Stabilität überqueren jährlich 50.000-150.000 Flüchtlinge aus Ostafrika den Golf von Aden und erreichen den Jemen. Ihr Ziel ist Saudi-Arabien, von den jahrelangen kriege-



rischen Auseinandersetzungen im Jemen wissen nur wenige. Aufgrund des Krieges in der Provinz ad Dali' sitzen 85-90 % der Geflüchteten in Aden fest, berichtete ein Jemenit. Der rechtsfreie Raum während des Krieges fördert die Schlepperei, die eine der wenigen Arbeitsmöglichkeiten darstellt. Schlepper versprechen deshalb weiterhin das Erreichen Saudi-Arabiens.

### **Brasilien: Hilfe für venezolanische Flüchtlinge**

(UNHCR) Über 180.000 venezolanische Flüchtlinge befinden sich in Brasilien. Rund 500 pro Tag erreichen während des Sommers Brasilien. Mehr als die Hälfte dieser Geflüchteten sind aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Gesundheit oder verschiedener Überlebensstrategien, wie Kinderarbeit oder Prostitution, extremen Gefahren ausgesetzt. Um den Druck, der auf den Grenzregionen lastet, zu reduzieren und den Flüchtlingen mehr Integrationsmöglichkeiten zu bieten, wurden bereits 15.000 Venezolaner\_innen aus dem Bundesstaat Roraima in mehr als 50 Städte umgesiedelt. Die Zusammenarbeit von staatlicher Regierung und lokalen Vertretern sowie der Zivilgesellschaft und der UN ist notwendig, um Gesundheit, Bildung und Lebensunterhalt der Venezolaner\_innen zu sichern. Eine behördenübergreifende Koordinierungsplattform, unter Leitung von UNHCR und IOM an der mehr als 40 Organisationen beteiligt sind, unterstützt das Vorhaben.

### **Mali: UNHCR gibt neue Schutzrichtlinien heraus**

(UNHCR) Trotz dem 2015 unterzeichneten Friedensabkommen zwischen der Regierung und den Rebellen ist die Lage in Mali von andauernder Gewalt zwischen bewaffneten Gruppen geprägt. Vor allem in der nördlichen Region (Timbuktu, Gao, Kidal, Taoudenni, Menaka), im zentralen Bereich um Mopti sowie in einigen Teilen des Südens (Koulikoro, Ségou, Sikasso) und in den Grenzregionen zum Niger und Burkina-Faso sind Malier\_innen auf internationalen Schutz angewiesen. Sowohl Politiker\_innen und Sicherheitskräfte als auch Friedenswächter\_innen und Zivilist\_innen sind von Menschenrechtsverletzungen betroffen, werden attackiert und ermordet.

Mädchen werden vergewaltigt, Kinder gekidnappt und getötet. Die Regierung ist geschwächt, der Zugang zu Gesundheits- und Wasserversorgung sowie Sanitäreinrichtungen erschwert. Seit 2013 flohen 140.000 Malier\_innen nach Burkina-Faso, Mauretanien oder Niger.

UNHCR fordert die Staaten auf, den Flüchtlingen Zugang zu Territorien und Asylverfahren zu gewähren und keine gewaltsamen Rückführungen nach Mali durchzuführen. Auch die weniger betroffenen Regionen Malis können nicht als Alternative gesehen werden, solange sich Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechtssituation nicht erheblich verbessert haben.

### **Diskussion in Bukarest über die öffentliche Wahrnehmung Geflüchteter**

(IMC) Vom 26.-28. Juni 2019 trafen sich Geflüchtete und Vertreter\_innen von 23 Organisationen aus 15 Ländern, um über die öffentliche Wahrnehmung Geflüchteter zu diskutieren und eine ausgewogenere und gerechtere Darstellung zu fördern. Irene Teodor, eine rumänische Grenzüberwachungsassistentin, analysierte drei Phasen der Berichterstattung, die sich durch ganz Europa ziehen: Zunächst wurden die Flüchtlinge als Opfer einer humanitären Krise dargestellt. Anschließend erfreute sich eine negative Darstellung in Verbindung mit Ausdrücken wie „Migrationsinvasion“ oder „beunruhigende Zahlen“ erhöhter Beliebtheit. Zuletzt polarisierten die Medien: Einerseits werden Erfolgsgeschichten geschildert, andererseits wird Angst geschürt und Verschwörungstheorien verbreitet.

Ein vom Weltverband für christliche Kommunikation geleitetes Projekt zur Medienbeobachtung, das 2017 in sieben EU-Ländern durchgeführt wurde, zeigt, dass Flüchtlinge nur selten in den Nachrichten vertreten sind. Des Weiteren wird Migration als politische Frage betrachtet, während der breite Kontext sowie die Rolle der Menschenrechte und des Flüchtlingsrechts überwiegend außer Acht gelassen werden. Das Projekt verweist zudem auf die Korrelation zwischen der Darstellung der Geflüchteten in den Medien und der öffentlichen Meinung

bezüglich Migration. Demnach ist der Wunsch nach weniger Migration dort geringer, wo Flüchtlingen eine Stimme gegeben wird und ihre Rechte aufgezeigt werden. Eine weitere Studie der Organisation More in Common ergab, dass die Mehrheit der französischen Katholik\_innen zwischen Solidarität und Angst vor wirtschaftlicher Instabilität und kulturellen Konsequenzen hin- und hergerissen ist. Um die Angst der Bürger\_innen zu überwinden, sollen Begegnungsmöglichkeiten mit Flüchtlingen und eine Plattform für Pro-Migration Advocacy eingerichtet werden. Weiterhin stehen die Schaffung und Unterstützung von Initiativen für wirtschaftlich benachteiligte Einheimische und Geflüchtete auf der Agenda.

**Spanien: UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes verurteilt Spaniens Push-back- und Altersfeststellungs-Praxis**

(ECCHR, ECRE) An der Landgrenze zu Marokko (in Ceuta und Melilla) nimmt Spanien immer wieder unbegleitete minderjährige Flücht-

de fest und schiebt sie kurzerhand ab – ohne jegliches Verfahren und ohne Beachtung der besonderen Schutzbedürftigkeit als Minderjährige. Diese Praxis hat der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes im Februar 2019 scharf verurteilt. Die Entscheidung ist die erste ihrer Art und macht deutlich, dass die Rechte von unbegleiteten Minderjährigen an Europas Grenzen geschützt werden müssen. Der Ausschuss betonte, dass Spanien die Gesetze und Praxis der automatischen Rückschiebungen (Push-Backs) ändern müsse.

Nun hat derselbe Ausschuss in zwei weiteren Fällen entschieden, dass Spanien eingebrachte Dokumente, die das Alter von Geflüchteten belegten, nicht ausreichend beachtet hat.

Außerdem kritisierte er, dass für die minderjährigen Geflüchteten kein ausreichender Rechtsschutz während des Verfahrens und der Altersfeststellung gewährleistet war. Spanien muss nun eine Rechtsvertretung bereitstellen und auch die Betroffenen entschädigen.

**Griechenland: Geflüchteter Kandidat für das EU-Parlament**

(Politico) Yonus Muhammadi ist aus Afghanistan vor den Taliban geflüchtet. Er lebt seit 18 Jahren in Griechenland und war zum Zeitpunkt seiner Nominierung seit drei Monaten griechischer Staatsbürger. Nominiert wurde er von der linken Syriza-Partei als Kandidat zur Wahl für das EU-Parlament. Sein zentrales Anliegen ist die politische Teilhabe von Geflüchteten und anderen bisher nicht wahlberechtigten Migrant\_innen zu ermöglichen. Der 46-Jährige setzt sich für Menschenrechte und gegen Rassismus ein und hat sowohl die afghanische Gemeinde in Athen als auch das Griechische Flüchtlingsforum mitbegründet. Leider schaffte er es nicht ins EU-Parlament. Er hätte sich vor allem für eine bessere europäische Migrationspolitik einsetzen und dem Aufstieg der extremen Rechten in Europa etwas entgegenzusetzen wollen.

**Afghanistan: In Kabul droht Obdachlosigkeit nach Abschiebung**

(Pro Asyl, Zeit Online) Zusätzlich zu der angespannten Sicherheitslage in Kabul droht dorthin Abgeschobenen nunmehr die Obdachlosigkeit. Bisher konnten diese, sofern sie weder familiäre Unterstützung noch Hilfe und Unterkunft von anderer Seite erhielten, für bis zu zwei Wochen in einem von der IOM (Internationale Organisation für Migration) betreuten Hotel bleiben. Diese Möglichkeit ist seit Ende April entfallen. Stattdessen erhält jede/r Abgeschob-



bene 12.500 Afghani (knapp 140 €) von der IOM nebst „nützlicher Informationen“, beispielsweise über Hotels. Ein Hotelzimmer in Kabul kostet jedoch zumindest 90 € pro Nacht (Quelle: booking.com). Begründet wird die Reduzierung der Ankunftsunterstützung seitens IOM damit, dass über die Jahre nur 6 % der Rückkehrer\_innen das Angebot der Hotelübernachtungen genützt hätte.



### **Frankreich: Frankreich unterstützt Libyen bei der „Bekämpfung“ illegaler Migration**

(migreurop) Während in Libyen Bürgerkrieg herrscht, kündigte Frankreich die Lieferung von sechs Booten an, um gegen die sogenannte „illegale Einwanderung“ vorzugehen. Der Verwaltungsgeschichtshof in Paris hatte keine Einwände. Bei der Auslieferung dieser Boote an die libysche Küstenwache ist die französische Verantwortung groß, da viele der abgefangenen Personen im Mittelmeer von der libyschen Küstenwache misshandelt werden. Frankreich beteiligt sich somit an den Menschenrechtsverletzungen, indem es dem Land zusätzliche logistische Mittel zur Verfügung stellt, um Migration zu bekämpfen.

### **Libanon: Registrierte Flüchtlinge nach Syrien abgeschoben**

(Human Rights Watch) Libanon hat 16 Syrer\_innen, darunter registrierte Flüchtlinge, abgeschoben, nachdem diese am Flughafen in Beirut angekommen waren. Minde-

stens fünf dieser Personen waren bei der UNHCR registriert und zumindest 13 weitere haben ihre Angst vor Folter und Unterdrückung in Syrien ausgedrückt. Darüber hinaus hatten die betroffenen Personen keine Möglichkeit, Asyl zu beantragen und wurden dazu gezwungen, ein Formular zur „freiwilligen Repatriierung“ zu unterzeichnen. Der Libanon ist jedoch aufgrund der Antifolterkonvention dazu verpflichtet, niemanden abzuschicken, sollte diese Person bei der Rückkehr der Gefahren von Folter ausgesetzt sein. Seit 2017 fordern libanesische Politiker\_innen allerdings eine vermehrte Abschiebung von syrischen Flüchtlingen und versuchen, UNHCR unter Druck zu setzen, diese Abschiebungen trotz der Situation in Syrien zu organisieren. Seit Ende 2017 sollen aus dem Libanon 170.000 syrische Flüchtlinge in ihr Heimatland zurückgekehrt sein, wobei NGOs diese Zahl als zu hoch erachten. Flüchtlinge sagten aus, dass sie aufgrund der feindseligen Politik und den sich verschlechternden Bedingungen im Libanon in ihre

Heimat zurückgehen, nicht, weil sie Syrien als sicher empfinden.

### **Griechenland: Polizei mit Tränengas gegen Flüchtlingscamps**

(euronews) Auf der griechischen Insel Samos organisierten Flüchtlinge und Asylsuchende einen Protest-Marsch, um auf die schlechten Lebensbedingungen in den Camps aufmerksam zu machen. Ein großes Problem ist die Überfüllung der Camps, da diese für 650 Menschen konzipiert wurden, jedoch ca. 4.000 Personen im Moment dort wohnen. Darüber hinaus haben viele Menschen keinen Zugang zu Hygieneeinrichtungen und schlafen in selbst erbauten Zelten. Die griechische Polizei verbot ihnen bei der Demonstration den Weg. Es sollen laut NGOs in etwa gleich viele Demonstrant\_innen (ca. 70) und Polizist\_innen gewesen sein. Die Polizei soll Warnschüsse abgeschossen haben, Tränengas verwendet haben und auch mit körperlicher Gewalt gegen die Demonstrant\_innen vorgegangen sein. Zudem wurden



zehn NGO-Mitarbeiter\_innen festgenommen. Die Bewohner\_innen haben schon des Öfteren demonstriert, dieses Mal war jedoch das erste Mal, dass Tränengas eingesetzt wurde.

### **Neuseeland: World Vision verlangt Änderungen der Flüchtlingsrichtlinien**

(newshub) World Vision verlangt von der neuseeländischen Regierung die diskriminierenden Flüchtlingsrichtlinien aufzuheben. Die derzeitigen Richtlinien besagen, dass sich Flüchtlinge von Afrika und dem Nahen Osten nur dann für ein Bleiberecht qualifizieren können, wenn bereits Familienmitglieder im Lande sind. Diese Regelung hat weltweit nur Neuseeland. Grant Baydon, der National Director von World Vision New Zealand betont, dass diese Richtlinie diskriminierend ist und dass die Regierung diesbezüglich nun Änderungen vornehmen muss. UNHCR appelliert an Industrieländer Flüchtlinge aufzunehmen, die aus Gebieten mit großen humanitären Krisen kommen. Zu diesen Gebieten zählen zurzeit Afrika und der

Nahen Osten, was die neuseeländische Regierung beachten müsse, wenn die Richtlinien überprüft werden.

### **Griechenland: Polizei-Einsatz gegen selbstverwaltetes Refugee-Zentrum**

(The Guardian) Über hundert Geflüchtete wurden verhaftet, als Polizeieinheiten im autonom geprägten Athener Stadtteil Exarchia ein selbstverwaltetes Refugee-Zentrum räumten. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung 2015 wurden mehrere solcher Zentren von Geflüchteten in Zusammenarbeit mit der lokalen Hausbesetzer\_innenszene eröffnet, da sich staatliche Stellen nicht um die Flüchtlinge kümmern.

Die staatlichen Camps werden hart kritisiert und mit Gefängnissen verglichen. In den selbstverwalteten Räumen hingegen besteht eine Verbindung mit dem Viertel und seiner Bevölkerung, was den Geflüchteten das Gefühl gibt, ein Zuhause zu haben.

Der Einsatz fand im Zuge der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die neugewählte,

konservative Regierung statt. Während des Wahlkampfs hatte der Spitzenkandidat versprochen, „die Ordnung in Exarchia wiederherzustellen“. Aber bereits unter der Vorgängerregierung der linken Syriza wurden Räumungen selbstverwalteter Refugee-Zentren vorgenommen.

### **Großbritannien: Über 3.000 LGBTQ+-Geflüchteten Asylstatus verweigert**

(The Guardian) Geflüchtete aus Ländern, in denen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität verfolgt werden, erhalten von den entsprechenden Stellen in Großbritannien häufig keinen Schutz. In über 3.000 Fällen wurden die Anträge von Personen aus Pakistan, Bangladesch und Nigeria zurückgewiesen. Dies sind jene drei Länder aus denen die meisten Menschen kommen, die ihren Asylantrag mit der Verfolgung ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechteridentität begründen. Weitere Länder aus denen LGBTQ+-Flüchtlinge kamen, deren Asylanträge abgelehnt wurden, sind Kamerun, Ghana, Iran, Uganda, Irak, sowie Jamaika und Malaysia. Es kommt auch teilweise zu Abschiebungen dieser besonders verletzlichen Geflüchteten, obwohl sie damit in unmittelbare Lebensgefahr gebracht werden. Selbst Drohungen gegen Geflüchtete bedeuten nicht, dass die staatlichen Stellen die Asylanträge positiv bescheiden.

**Ungarn: Krisenzustand aufgrund von Massenmigration bis zum 07. März 2020 verlängert**

(ECRE, AIDA) Am 06. September 2019 kündigte die ungarische Regierung die Verlängerung des „Krisenzustands aufgrund von Massenmigration“, der im September 2015 im Gesetz aufgenommen wurde, bis zum 07. März 2020 an. Zurückzuführen ist die Verlängerung auf die rund 7.000 Versuche des „illegalen Grenzübertritts“, die seit Beginn des Jahres verzeichnet wurden. Des Weiteren nähren tausende Geflüchtete in Bosnien und Herzegowina und Griechenland die Befürchtung einer Krise wie 2015. Die Polizei ist befugt, illegale Migrant\_innen ohne Gerichtsverfahren mit „allen wirksamen Maßnahmen“ abzuschieben. Während des Krisenzustandes können Anträge auf internationalen Schutz zudem nur in Transitzonen gestellt werden. Abgesehen von unbegleiteten Kindern unter 14 Jahren, werden die Asylwerber\_innen deswegen während der gesamten Dauer des Asylverfahrens in den Transitzonen festgehalten. Die Rechte der Asylwerber\_innen sind stark eingeschränkt, so haben sie keinen Zugang zum Arbeitsmarkt und keinen Zugang zu finanziellen Unterstützungen wie Reisekostenzuschüssen oder Erstattungen von Bildungskosten.

**Italien: Luciana Lamorgese neue Innenministerin**

(FAZ, NZZ) Am 05. September 2019 wurde die neue Regierung Italiens aus der Fünf-Sterne-Bewegung und der sozialdemokratischen Par-

tito Democratico unter Giuseppe Conte vereidigt. Die parteilose Juristin Luciana Lamorgese folgt auf Matteo Salvini als Innenministerin. Insbesondere der Kurs der Migrationspolitik wird sich ändern. Schon als Mailänder Präfektin (Februar 2017 bis Oktober 2018) hat Lamorgese migrant\_innenfeindliche Dekrete von Lega-Bürgermeistern aufgehoben, da sie die Aufnahme von Einwander\_innen nicht als „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Gesundheit“ sah. Des Weiteren hat sie sich in dieser Zeit für eine gerechtere Verteilung von Asylwerber\_innen auf Städte und umliegende ländliche Regionen sowie eine Verbesserung der Integration eingesetzt. Gleichzeitig ist Lamorgese für ihre harte Linie in der Sicherheitspolitik bekannt. Demnach ist zwar mit der Öffnung der Häfen für Rettungsboote, aber auch mit dem Festhalten am Abkommen mit Libyen, um die Zahl der aufbrechenden Boote möglichst gering zu halten, zu rechnen.

**Italien: Folterer nach Identifikation durch Asylsuchende festgenommen**

(ECRE, The Guardian) Am 16. September 2019 wurden in Sizilien drei Männer, die in einem Gefangenenlager im Nordwesten Libyens dutzende Menschen vergewaltigt und gefoltert haben sollen, festgenommen. Zwei junge Ägypter (24 und 26 Jahre alt) sowie ein 27-Jähriger aus Guinea werden der Folter, Entführung sowie des Menschenhandels beschuldigt. Angaben der Opfer zufolge wurden diese solange in den

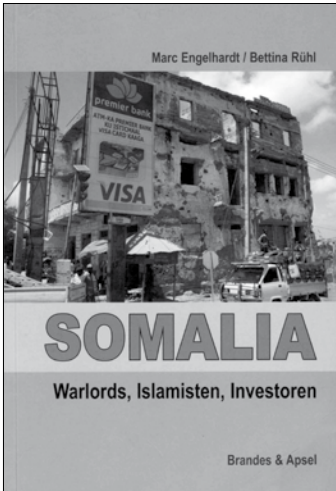
Gefangenenlagern festgehalten bis ihre Verwandten für die Freilassung gezahlt hatten. Gefangene, deren Verwandte kein Geld hatten, wurden als Sklav\_innen verkauft oder getötet. Generalstaatsanwalt Luigi Patronaggio betonte in einer Pressemitteilung „die Notwendigkeit, auf internationaler Ebene für den Schutz der Menschenrechte und für die Unterdrückung dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu handeln“. Die UN-Unterstützungsmission in Libyen hatte erst kurz zuvor in einem Bericht angedeutet, dass nach Libyen zurückgeschickte Migrant\_innen von der Polizei an Schlepper verkauft würden.

**Kroatien: Frau stirbt in Schmuggler-Transporter**

(AYS) Es zeigt sich erneut, dass die gewaltsamen und illegalen Push-Back-Aktionen an der kroatischen Grenze nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern Menschenleben kosten. So starb eine Frau, als der Schmuggler, dem sie sich anvertrauen musste, auf der Flucht vor der Polizei in den Fluss Kupa fuhr. Die kroatische Polizei konnte elf weitere Personen aus dem Transporter retten. Der Fahrer flüchtete durch ein Gebiet, in dem Landminen vermutet werden.

Neben der Polizei überwachen inoffizielle Gruppen aus der Bevölkerung das Gebiet und arbeiten mit der Grenzpolizei zusammen. Da das Schengen-Gebiet erst in Slowenien beginnt, sind Geflüchtete gezwungen, sich Schmugglern anzuvertrauen, um durch Kroatien zu kommen.

# Bücher



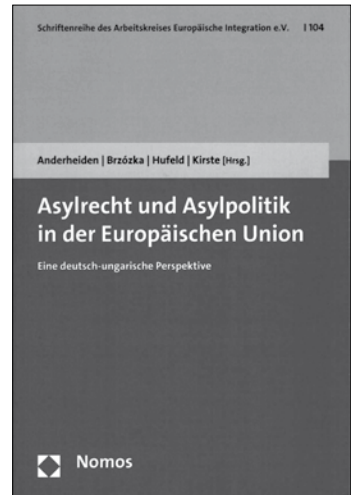
## Im Land der Piraten

Somalia ist ein „failed state“, der von Korruption und Bürgerkrieg geprägt ist. Es gibt keine funktionierende Wirtschaft oder Regierung. Dies war jedoch nicht immer so: Bis in die 1970er-Jahre funktionierte das staatliche System in Somalia leidlich, doch nach Putschversuchen, Krieg mit Äthiopien und einer Hungersnot in den 1980er-Jahren setzte mit dem Sturz des Diktators Siad Barre 1991 eine bis heute andauernde Periode des Staatsverfalls ein. Die somalische Gesellschaft wird durch eine Clanstruktur bestimmt, die keine statische Einheit darstellt, sondern sich dynamisch verändert. Die Diagnose, dass diese Clanstruktur das gesamte Leben in Somalia prägt, zieht sich durch das ganze Buch, trotzdem bleiben Hintergründe des Clansystems offen und viele Fragen unbeantwortet. Das Buch ist journalistisch aufgebaut und daher gut zu lesen. Zu den behandelten Themen werden

Geschichten erzählt und veranschaulicht, immer mit Fokus auf die ökonomische Situation inklusive des Einflusses anderer Staaten (aus Afrika, Europa, Asien und Amerika). Der Einfluss von ausländischen Investoren, fehlgeleiteter Entwicklungshilfe oder Geschäftemacherei, unter anderem mit Sicherheitstechnik, spielen hier eine verhängnisvolle Rolle. Eine Ethnographie der somalischen Bevölkerung, die helfen könnte Allianzbildungen und Konflikte zu verstehen, fehlt oder wird nur gestreift. Somalia ist ein gefährliches Land – das wird etwa durch Geschichten von Künstler\_innen wiedergegeben. Warlords haben das Sagen und die al-Shabaab treibt ihr Unwesen – Anschläge gehören zum Alltag. Zusätzlich treiben Hungersnöte Menschen in die Flucht. In der internationalen Medienberichterstattung findet das nur wenig Beachtung. Im Band finden sich Berichte von ehemaligen al-Shabaab-Kämpfern und Piraten. Unter jenen, die versuchen das Land aufzubauen, was sich als sehr gefährliches Unterfangen herausstellt, sind auch Rückkehrer\_innen aus Europa. Der Band gibt einen guten Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage sowie über die Piraterie, die Großteils in Somalia ihre Stützpunkte hat. Ethnographische Details, die die Clanstruktur erklären könnten, fehlen.

LW

Marc Engelhardt / Bettina Rühl: Somalia. Warlords, Islamisten, Investoren. Frankfurt a. M. 2019, Brandes & Apsel Verlag. 266 Seiten, € 25,60 E-Book € 22,99



## Asyl in Europa

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik fordert die Europäische Union vor allem deswegen, weil die Mitgliedstaaten über keinen gemeinsamen Konsens verfügen, obwohl ein einheitliches Asylrecht vonnöten wäre. Die daraus resultierenden Spannungen sind auch im Verhältnis zwischen Ungarn und Deutschland erkennbar. Die Universität Budapest hat 2016 zu einem Symposium zum Thema Asylrecht und Asylpolitik Rechtswissenschaftler\_innen aus Deutschland, der Schweiz, Ungarn und Österreich eingeladen, um sich über die rechtlichen Grundlagen und aktuellen Herausforderungen auszutauschen. Der vorliegende Band umfasst Schriftfassungen der Referate dieses Symposiums. Die Texte umfassen ein weites Spektrum an Thematiken: von historischen und menschenrechtlichen Grundlagen, über verschiedene Aspekte des Unionsrechts und völkerrechtliche Grundlagen, bis hin zu dem ungarischen Beispiel: „Asylrecht als Mittel der Isolation“. Das

Buch zeigt unter anderem, dass sich die Ziele Ungarns stark von denen der EU unterscheiden, und dass eine Vielzahl an EU-Richtlinien seitens Ungarns zurzeit missachtet werden.

*JH*

Michael Anderheiden, Helena Brzóka, Ulrich Hufeld, Stephan Kirste (Hrsg.): Asylrecht und Asylpolitik in der Europäischen Union. Eine deutsch-ungarische Perspektive. Baden-Baden 2018, Nomos Verlagsgesellschaft. 258 Seiten, € 53,50, E-Book € 60,80



### Typologien und Praxen einer tödlichen Ideologie

Rassist zu sein weist in Deutschland und Österreich (noch) jeder Politiker/jede Politikerin weit von sich und auch sonst möchte niemand mit dem Terminus bedacht werden. Trotzdem ist die Ideologie von der „rassischen“ oder „kultu-

rellen“ Überlegenheit so politisch wirkmächtig wie seit 1945 nicht mehr. FPÖ, AfD, Identitäre und Pegida stilisieren „die Deutschen“ bzw. die „Österreicher“ dabei als Opfer, die vom politischen „Establishment“ mit der Bedrohung durch „den Islam“, „die Ausländer“ und „die Asylanten“ alleingelassen werden.

Der vorliegende Band, der sich wohl in erster Linie an Menschen in Bildungsinstitutionen richtet, will komprimiert Ideologie und Begrifflichkeiten des Rassismus, Geschichte und aktuelle Erscheinungsformen und ihre Protagonist\_innen sowie Beispiele rassistischer Gewalt in Deutschland von Hoyerswerda (1991) bis Chemnitz (2018) darstellen.

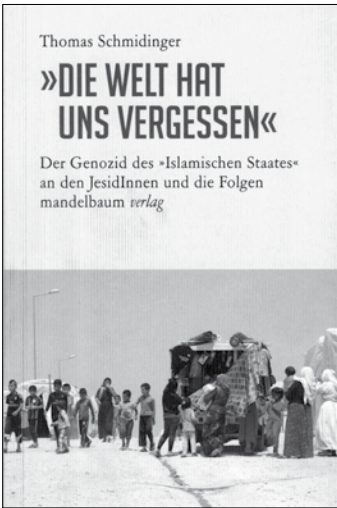
Dass bei einem solchen Vorhaben manche Aspekte eher nur gestreift werden können, ist verständlich, allerdings ist die Auswahl der Inhalte einzelner Kapitel doch etwas erratisch und fast ausschließlich auf Deutschland beschränkt.

Dieser methodische Nationalismus ist bei dem Thema doch etwas befremdlich. Auch in den Abschnitten, die pointiert und lebendig rassistische Einstellungen und bedrohliche gesellschaftliche Entwicklungen beschreiben, finden sich immer wieder seltsame Begrifflichkeiten – so ist vom „arabischen und islamischen Kulturkreis“ die Rede – oder bedenkliche Verallgemeinerungen, wie, dass „in der Bloggerszene, (...) die Regeln menschlichen Anstands nicht gelten“ würden.

Das ist schade, weil die systematisch vorgeführten Beispiele für verschiedene Rassismen und vor allem die Kapitel zu Begrifflichkeiten, Propaganda und Parolen des politischen Rassismus sehr dazu geeignet sind, als Material für eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Phänomen Verwendung zu finden. Hier schadet der Mangel an Systematik auch nicht, da man sich aus dem Kapitel „Begriffe und Postulate“ von „Abendland“ und „Asyl“ bis zu „Völkermord“ und „Volkstum“ Anregungen und Erklärungen herauspicken kann. Die Kapitel „Parolen und Phrasen“ und jenes über die rassistischen Akteure und deren Opfer funktionieren ähnlich. Systematisch wird es dann wieder im letzten Kapitel, wenn in chronologischer Abfolge über rassistische Übergriffe im wiedervereinten Deutschland seit 1991 berichtet wird. Diese Extremformen unter „Alltagsrassismus“ zu subsummieren, scheint allerdings wenig zutreffend.

*HL*

Wolfgang Benz: Alltagsrassismus. Feindschaft gegen „Fremde“ und „Andere“. Frankfurt am Main 2019, Wochenschau Verlag. 222 Seiten, € 15,40, € 12,10 (E-Book)



### Völkermord mit langer Vorgeschichte

Wer sind die Jesid\_innen/Êzîdî? Diese Frage wurde im August 2014 versucht, in Infokästen in den westlichen Medien mehr schlecht als recht zu beantworten. Denn leider haben auch die meisten Journalist\_innen nur eine sehr vage Vorstellung von der Geschichte und den sozioreligiösen Strukturen dieser Minderheit in der Krisenregion zwischen Irak, Syrien und der Türkei. Im besagten August 2014 kam es zum Versuch des sogenannten Islamischen Staates, die ezidische Bevölkerung in der Region Sinjar auszulöschen. Die Weltöffentlichkeit reagierte zögerlich bis die USA kurdische Kämpfer\_innen der YPG vor Ort mit Luftangriffen unterstützten.

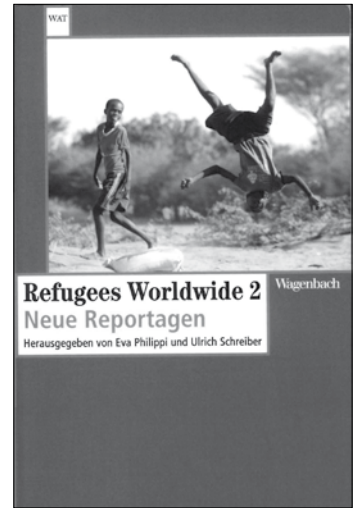
Thomas Schmidinger, Politikwissenschaftler und Spezialist für die kurdischen Regionen Vorderasiens, legt sein Buch über die Êzîdî systematisch an. Er fasst in kompakter Form zusammen, was wir über die Herkunft, Entwicklung und Gegenwart dieser seit vielen Jahren

verfolgten – und aus dieser Verfolgung einen Teil ihrer Identität herleitenden – Minderheit wissen. Schmidinger konzentriert sich im Folgenden auf die Region Sinjar rund um den Berg Jebel Sinjar, in der neben Êzîdî auch andere ethno-religiöse Gruppen beheimatet waren und sind. Auch hier wird die Entwicklung historisch systematisch vom Osmanischen Reich bis zum Genozid im August 2014 sowie die Befreiung und das Leben danach skizziert. Die Ereignisse vom August 2014 werden detailliert geschildert.

Allein am 3. und 4. August wurden vom IS über 2.000 Zivilist\_innen massakriert und verscharrt. Am 15. August wurden fast alle Männer des Dorfes Koco erschossen und Frauen sowie Kinder versklavt. Das Schicksal der ezidischen Frauen ist bis heute ein besonders tragisches Thema, weil viele auch nach ihrer Befreiung von ihren eigenen Glaubensgenossen und Verwandten verstoßen wurden. Ein Drittel des Buches umfasst Interviews mit ezidischen Persönlichkeiten und Zeug\_innen der Kämpfe – in erster Linie Kommandanten und Kämpfer der Widerstandseinheiten – die der Autor bei verschiedenen Aufenthalten in der Region zwischen 2010 und 2019 geführt hat. So kann sich der/die Leser\_in ein sehr differenziertes Bild machen.

HL

Thomas Schmidinger: „Die Welt hat uns vergessen“. Der Genozid des „Islamischen Staates“ an den JesidInnen und die Folgen. Wien 2019, mandelbaum 232 Seiten, € 20,-



### Über den Europäischen Tellerrand

Das Buch ermöglicht dem/der Leser\_in Einblicke in die Flüchtlingsbewegung über den europäischen Horizont hinaus. Bekannte Autor\_innen wie Karen Connelly, Zarchi Oo und Patrick Kingsley berichten in 16 Reportagen von den Ursprüngen und Folgen von Gewalt, Verfolgung und Vertreibung auf der ganzen Welt. Die verschiedenen Schreibstile der Autor\_innen unterstützen den/die Leser\_in dabei, in jedem Kapitel aktiv in eine neue Geschichte einzutauchen. Durch die Verknüpfung von Berichten über betroffene Bevölkerungsgruppen mit den Erfahrungen und Gefühlen einzelner Personen werden die Berichte emotionaler und greifbarer.

So werden die Leser\_innen im ersten Kapitel mit dem divergierenden Umgang, den sudanesischen und syrischen Geflüchteten in Ägypten erfahren, konfrontiert. In Ägypten, wo eine Viertelmillion Flüchtlinge lebt, schlägt sudanesischen Geflüchteten eine Welle an Rassismus und



Feindseligkeit entgegen und sie sind auch mit verbreiteter Arbeitslosigkeit konfrontiert. Syrische Geflüchtete werden hingegen eher mit Impulsen für die wirtschaftliche Entwicklung, die auch Arbeitsplätze für Ägypter\_innen schafft, assoziiert.

Auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans gründet sich in Toronto eine private Patenschaftsinitiative, die politischen und persönlichen Willen zeigt, Spenden sammelt und Geflüchtete im alltäglichen Leben begleitet. Während die Unterstützung von Geflüchteten in Kanada zunehmend als Bürgerpflicht angesehen wird, wird der Staat doch nicht aus seiner politisch-moralischen Verantwortung entlassen.

Im folgenden Kapitel berichtet unter anderem eine junge Burmesin von ihrer Kindheit, die zunächst von Menschenhandel und Sklaverei geprägt war und die sie schließlich in einer gefängnisartigen Erziehungsanstalt verbrachte. Zwischen den Zeilen lassen sich die Folgen der Geschehnisse für die Psyche der jungen Menschen nur erahnen.

Die in Myanmar, dem der UN zufolge weltweit viertgrößten Herkunftsland von Flüchtlingen, herrschende Feindschaft zwischen buddhistischen Arakanes\_innen und Muslim\_innen und der daraus resultierenden Vertreibung von Muslim\_innen wird dem/der Leser\_in anhand einer Familiengeschichte verdeutlicht.

Auch den Rohingya, ein staatenloses muslimisches Volk, das laut UN die am meisten verfolgte Min-

derheit der Welt darstellt, werden in Myanmar keinerlei Rechte zugesprochen. Viele flüchteten nach Bangladesch und nach Indien, wo die muslimische Minderheit mit Hindu-Nationalismus und dem Leben in Flüchtlingslagern konfrontiert ist.

In einem weiteren Beitrag werden die gemeinsame Geschichte, die gegenläufigen Fluchtbewegungen, die wechselseitige Verachtung und die Zukunftslosigkeit der jungen Kolumbianer\_innen und Venezolaner\_innen beleuchtet. Zukunftslosigkeit ist auch in Kakuma, einem abgelegenen Flüchtlingslager in Kenia, in dem die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 16 Jahre beträgt und lediglich 1 % der Flüchtlinge die Möglichkeit hat auszuwandern, bestimmend.

Misstrauen und Gewalt durch Einheimische erfahren die Boatpeople, die Australien in Internierungslagern auf Manu Island festgesetzt hat, aber auch die aus Simbabwe stammenden Geflüchteten in Südafrika.

Weitere Kapitel thematisieren zerstörte Träume syrischer Flüchtlinge, Verfolgung Homosexueller, Kinder- und Organhandel in Syrien sowie die Perspektivlosigkeit der Afghan\_innen im Iran. Die Auswirkungen der Europäischen Flüchtlingspolitik findet sich in persönlichen Geschichten von nach Slowenien, Schweden und Spanien Geflüchteter wieder.

Passagen, wie jene des kindlichen Fußballspiels mit abgetrennten Köpfen in Syrien, bleiben im Gedächtnis und sind in ihrer Brut-

alität und Menschenverachtung kaum zu ertragen. Eine zentrale Erkenntnis des Buches: Die deutliche Mehrheit, nämlich 85 % der 65 Millionen geflüchteten Menschen, lebt nicht in Europa, sondern im globalen Süden mit allen damit verbundenen immensen strukturellen Problemen und sozio-ökonomischen Langzeitfolgen. Letztlich bleibt die Erkenntnis, dass „der Mensch geboren wird, um Mensch zu sein. Das ist seine Bestimmung, dennoch muss er hart darum kämpfen.“, so Schriftsteller Ibrahim Nasrallah.

*Verena Horrmann*

Eva Philippi, Ulrich Schreiber (Hg.): Refugees Worldwide 2 – Neue Reportagen. Berlin 2019, Verlag Klaus Wagenbach. 256 Seiten, € 15,90 E-Book € 10,99



### Psychische Gesundheit in der Grundversorgung

In einer Zeit, in der über Flüchtlinge meist in Schlagworten und Verallgemeinerungen geredet wird, fällt die Arbeit von M. Brandmaier durch ihre genaue Recherche und Unaufgeregtheit auf. Hier wird eine sehr genaue Studie zur Situation von Asylwerber\_innen in Sammelunterkünften in Österreich vorgestellt. Wenn auch der Zeitpunkt der wissenschaftlichen Untersuchung bereits vor 2015 war, so sind doch die Erkenntnisse nach wie vor gültig.

Am Beginn ihres Buches bespricht die Autorin den aktuellen Forschungsstand zur psychischen Gesundheit bzw. Belastung von geflüchteten Menschen. Sie gibt einen fundierten Überblick und entlarvt eine oft falsch geführte Diskussion um den Zusammenhang von Fluchtgründen, Flucht und psychischem Leid. M. Brandmaier zeigt deutlich, dass die oft sehr verschiedenen Ergebnisse von Studien zu diesen Fragen von gewählten Stich-

proben sowie Erhebungsmethoden abhängen und so die extrem divergierenden Ergebnisse zu erklären sind. Auf ein wichtiges Ergebnis wird aber verwiesen: Wie sehr Menschen psychisch leiden, hängt nicht nur von den traumatischen Erlebnissen im Herkunftsland und auf der Flucht ab, sondern zu einem großen Teil auch von dem, wie sie nach ihrer Ankunft im Exilland behandelt worden sind und werden.

Die Autorin leitet am Ende ihrer umfassenden Studie einige Ideen, was im Bereich Grundversorgung verbessert werden könnte, ab: Alle von ihr Befragten wünschen sich eine bessere und menschenwürdige Unterbringung während des Asylverfahrens, bevorzugt einen normalen privaten Wohnraum. Sammelunterkünfte sind höchstens für die ersten Wochen eine gute Versorgungsform. Die Versorgung und Betreuung sollten in den Händen von nicht-staatlichen und nicht-profitorientierten Menschen und Organisationen liegen. Die Entscheidungsgewalt über Wohn- und Sozialbetreuung ist Voraussetzung für das notwendige Vertrauen. Mitarbeiter\_innen in der Betreuung brauchen Zusatzausbildungen wie z.B. Traumpädagogik und klinische Sozialarbeit. Einzelzimmer für Alleinreisende, und hier besonders für psychisch erkrankte oder verletzte Personen, sollten ermöglicht werden. Schutz-zonen für Frauen und Kinder (vor allem in Sammelunterkünften) werden gebraucht. Und schließlich braucht es niederschwellige Beratungsangebote. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wäre neben der Unter-

bringung ein weiterer wichtiger Faktor für die psychische Gesundheit von Asylwerber\_innen. M. Brandmaier schreibt dazu: „Der Schritt, Geflüchtete und Asylsuchende als AkteurInnen ihres eigenen Lebens anzuerkennen, ist damit verbunden, ihnen diese Entscheidungsfreiheit über die alltägliche Lebensführung zuzugestehen.“ (S. 486) Und nicht zuletzt weist die Autorin auf den Widerspruch zwischen den Strukturen der Lebenssituation von Asylsuchenden, die auf Exklusion und Ausschluss aus der Gesellschaft gerichtet sind, und dem Arbeitsauftrag und -anspruch der in diesem Bereich arbeitenden Betreuer\_innen hin. Mit enormen Engagement und großer Kreativität wird genau gegen diese Strukturen gearbeitet und versucht, Normalität herzustellen. Oft geht das über die psychischen Grenzen der haupt- und ehrenamtlich Tätigen hinaus.

Die Ergebnisse der Studie sind nicht überraschend, aber sie belegen in ausführlicher Form, welche Missstände im Umgang mit Schutz- und Asylsuchenden in Österreich herrschen und zeigen auf, mit welchen – oft sehr einfachen Mitteln – diese Situation verbessert werden könnte, im Sinne einer menschenfreundlichen und auf Menschenwürde bedachten Gesellschaft.

*Barbara Preitler*

Maximiliane Brandmaier: *Angepasstes und widerständiges Handeln in der Lebensführung geflüchteter Menschen*. Basel 2019, Beltz Juventa. 541 Seiten, € 49,95 E-Book € 45,99

## IMPRESSUM

### **Herausgeber und Medieninhaber:**

*asylkoordination österreich*

A-1070 Wien, Burggasse 81/7, Tel: +43 1 532 12 91

E-Mail: [langthaler@asyl.at](mailto:langthaler@asyl.at), Web: [www.asyl.at](http://www.asyl.at)

**Konto:** IBAN AT08 1400 0018 1066 5749, BIC BAWAATWW

**Abopreis:** (mind. vier Ausgaben pro Jahr) € 20,-

**Redaktion:** Herbert Langthaler

**Offenlegung:** Medieninhaber: *asylkoordination österreich*

**Blattlinie:** Informationen der Mitglieder und UnterstützerInnen der *asylkoordination österreich* über die Vereinsarbeit, Fragen der österreichischen und internationalen Asyl und Migrationspolitik, über Ursachen und Auswirkungen weltweiter Migrationsbewegungen.

**Autor\_innen:** Nina Hermann, Julia Hofbauer, Verena Horrmann, Herbert Langthaler, Elke Possarnig Barbara Preitler, Harald Constantin Philipp Rüster, Thomas Schmidinger, Franziska Tachtler, Lisa Wolfsegger, Catherine Woollard

**Fotos:** Sohia Ausweger, Severin Dostal, ECRE, Die Hoffotografen/Berlin, Sabine Kampmüller, Nadja Meister, Lea Panzenberger, Thomas Schmidinger, Franziska Tachtler, Andrea Zehetner

**Lektorat:** Verena Hrdlicka

**Grafik:** Almut Rink für *visualaffairs* [www.visualaffairs.at](http://www.visualaffairs.at)

**Herstellung:** Resch KEG, 1150 Wien

Nein, schläft nicht,  
während die Ordner der Welt geschäftig sind!

Seid misstrauisch gegen ihre Macht,  
die sie vorgeben für euch erwerben zu müssen.

Wacht darüber, dass eure Herzen nicht leer sind,  
wenn mit der Leere eurer Herzen gerechnet wird!

Tut das Unnütze, singt die Lieder,  
die man aus eurem Mund nicht erwartet!

Seid unbequem, seid Sand,  
nicht das Öl im Getriebe der Welt!

Günter Eich, 1950



[www.gea.at](http://www.gea.at)

35x in Österreich | 18x in Deutschland | 1x in der Schweiz

GEA • Waldviertler Schuhe • Taschen • GEA Möbel • GEA Naturmatratzen • GEA Akademie

- Ich möchte Mitglied der *asylkoordination österreich* werden.
  - Einzelperson € 35,- / Jahr
  - Verein, Initiative € 365,- / Jahr
- Ich möchte die Zeitschrift *asyl aktuell* für € 20,- / Jahr abonnieren.
- Ich möchte ehrenamtlich in der *asylkoordination* oder in einem ihrer Mitgliedsvereine MITARBEITEN.

Name .....

Organisation, Initiative .....

Anschrift.....

Telefon/Fax .....

Unterschrift ..... Datum .....

**asylkoordination  
österreich  
Burggasse 81/7  
A-1070 Wien**